

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Die Bankensanierung und ihre Bedeutung

Daß die Ereignisse, die sich am 22. Februar zwischen den Großbanken und dem Reich abgespielt haben, von weittragender Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben und für das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat sind, spürt jeder, der überhaupt die Bedeutung wirtschaftlicher Vorgänge zu erfassen vermag. Aber für die allermeisten Menschen sind die technischen Formen, in die die große Sanierungsaktion eingekleidet wurde, ein Buch mit sieben Siegeln. Und selbst dem in diese Technik eingeweihten Fachmann erschließt sich das volle Verständnis erst durch ein eindringliches Studium, das ihn durch das Gewirr von Ziffern und Kombinationen der verschiedensten Art hindurchführt. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn diese technischen Schwierigkeiten schuld daran trügen, daß das Verständnis für die wichtigen Vorgänge, die sich hier abgespielt haben, auf den engen Kreis der Fachleute beschränkt bliebe. Darum soll der Versuch gemacht werden, den Kern der Sanierungsaktion herauszuschälen und daraus die entsprechenden Schlüsse über ihre Bedeutung zu ziehen. Sechs deutsche Banken wurden am 22. Februar saniert. Ihre Bedeutung für die deutsche Kreditwirtschaft wird am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß von den Geldern, die den deutschen Kreditbanken (soweit ihre Monatsbilanzen veröffentlicht werden) anvertraut wurden, am Ende des Jahres 1930, also vor dem Beginn der großen Kreditzurückziehungen, 80 Prozent auf diese sechs Banken entfielen. Die Sanierung dieser Banken bedeutet also faktisch die Sanierung des ganzen privaten Kreditbankwesens. Warum die Banken sanierungsreif wurden, läßt sich schon verstehen, wenn man sich des Sturmes erinnert, der im vergangenen Jahre über das Kreditwesen dahingebraust ist. Von den erwähnten Banken wurden im Laufe des vergangenen Jahres nicht weniger als 34 Prozent der ihnen vorher anvertrauten Gelder zurückgezogen, bis schließlich durch die Stillhaltevereinbarung wenigstens für den weiteren Abzug von Auslandsgeldern ein Damm geschaffen wurde. Diese schwere Vertrauenskrise hätte auch das stärkste Bankwesen erschüttern müssen. Trotzdem gelang es, zum Teil freilich mit Hilfe der Reichsbank und unter Einsatz von Reichsmitteln (damals nur bei der Dresdener Bank) alle Gläubiger, die ihr Geld abziehen wollten, zu befriedigen. Soweit sie nicht durch die Stillhaltevereinbarung gebunden wurden. Auf der anderen Seite wurden den Banken durch den katastrophalen Sturz der Börsenkurse schwerste Verluste zugefügt. Denn sie baupten einen großen Wertpapierbesitz ihr eigen, die erwähnten Banken allein 344 Millionen dem Buchwert nach am Jahresende 1930 (der wirkliche Wert war damals wohl noch wesentlich höher). Der schwerste Verlust stammt aber von den Schuldnern der Banken: Von allen jenen industriellen

und kommerziellen Schuldnern, deren Zusammenbruch die Rückzahlung ihrer Bankschulden ganz oder zum größten Teil für die Dauer hinfällig machte. Freilich trugen an vielen dieser Zusammenbrüche die Banken selbst ein gerüttelt Maß von Schuld, denn nur mit ihrer Unterstützung war jene maßlose Ausdehnung industrieller Unternehmungen über ihre voraussichtliche Kapazitätsausnutzung hinaus und jenes Maß von Fehlinvestitionen möglich gewesen, das in vielen Fällen mit dem Zusammenbruch endigte.

Alle diese Verluste galt es am 22. Februar zu bereinigen, d. h. sie zu offenbaren und in den Bilanzen abzubuchen. Nun ist der natürliche Gang der Dinge in der kapitalistischen Wirtschaft der, daß derartige Abrechnungen,

Bei den fünf anderen Banken wurden zwar die gleichen Operationen durchgeführt, also auch dort die Aktien zusammengelegt, die Reserven ganz oder fast ganz aufgelöst, und die Betriebsgewinne herangezogen, aber dies alles reichte nicht aus, um die Verluste ganz zu decken. Freilich hätte das nach den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft geschehen müssen, denn der Aktionär trägt nun einmal das volle Risiko von Kapitalverlusten. Aber immerhin, in der Praxis der kapitalistischen Wirtschaft pflegt man mit den Aktionären weniger streng umzugehen als in der Theorie, besonders wenn es sich um Bankaktionäre handelt. Die Zusammenlegung der Aktien erfolgte also verhältnismäßig glimpflich, und im

nahme an der Zusammenlegung der Aktien, sowie durch die Hergabe von faktisch- oder formell verlorenen Zuschüssen. Diese vom Reich endgültig hingegebenen Beträge zur Verlustabdeckung errechnen sich auf 324 Millionen. Da die Gesamtverluste, wie erwähnt, 1040 Millionen betragen, haben also die Banken nur 716 Millionen auf ihre eigene Kappe genommen.

Der zweite Akt der Sanierung bestand darin, daß den Banken neue Mittel zugeführt wurden, um ihr Eigenkapital wieder aufzufüllen und sie damit vertrauenswürdiger und arbeitsfähiger zu machen. Zu diesem Zweck wurden bei den sechs Banken insgesamt 408 Millionen Mark aufgewendet. Davon gab das Reich direkt 208 Millionen her, und die Reichsbank aus ihren Gewinnen auf dem Umweg über die Golddiskontbank 175 Millionen, während alle Mittel, die von privater Seite zur Wiederauffüllung des Bankkapitals beigesteuert wurden, sich auf 25 Millionen beschränkten. Fügt man schließlich noch hinzu, daß das Reich der Commerzbank Aktien abgenommen und für die vom Abbau betroffenen Bankangestellten 20 Millionen bereitgestellt hat, so kommt man zu Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand für die Bankensanierung von insgesamt 738 Millionen. In diesem Betrag sind freilich die 300 Millionen Vorzugsaktien mit enthalten, die das Reich schon im Sommer der Dresdener Bank zur Verfügung gestellt hatte.

738 Millionen hat der Staat für die Sanierung der sechs Banken aufgewendet. Davon hat er 344 Millionen endgültig preisgegeben, und sich nur für 394 Millionen die Ansprüche auf Kapitalertrag und Einfluß gesichert. Hier drängt sich unwillkürlich jedem Arbeiter, und erst recht jedem Arbeitslosen die Frage auf: Wie, so ungeheure Mittel wirft der Staat bereitwillig den privatkapitalistischen Großbanken, den finanzkapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft hin, und für die Arbeitsbeschaffung wendet er keinen Pfennig auf? Diese Frage ist in der Tat sehr begrifflich, und sie ist auch soweit berechtigt und dringend, als die Regierung wirklich — abgesehen von der Auflegung der Reichsbahnleihe, deren geschickte Verquickung mit der Amnestie den ansehnlichen Betrag von einer Viertelmilliarde ausschließlich für Arbeitsbeschaffungszwecke gesichert hat — sich bisher um die Frage der direkten Arbeitsbeschaffung durch den Staat überhaupt nicht gekümmert hat.

Trotzdem wäre es falsch, die Frage der Aufwendung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung mit der Frage der Aufwendung von Mitteln für die Bankensanierung auf eine Ebene zu stellen. Sie liegen in Wirklichkeit auf verschiedenen Ebenen. Man kann und man soll alle Mittel, die sich irgendwie beschaffen lassen, ohne die Währung zu gefährden, flüssig machen, um auf direktem Wege Arbeit zu be-

### Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen.

Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesem Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duestenberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Ehrerts nicht erreichen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah — darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu

Berlin, den 1. März 1932.

### Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

soweit sie nicht unsichtbar aus der Verlagerung stiller Reserven erfolgen — und das wird auch diesmal für einen großen, aber unbekanntem Betrag der Fall gewesen sein — aus der Streichung offener Reserven und, wenn das noch nicht ausreicht, aus der Herabsetzung des Aktienkapitals zu geschehen haben. Aber von allen sechs Banken hat nur bei einer diese Sanierungsmethode ausgereicht: bei der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, die überhaupt eine gewisse Sonderstellung bei der ganzen Sanierungsaktion einnimmt. Sie war wirklich imstande, aus der Einziehung und Zusammenlegung von Aktien, aus der Zusammenstreichung von Reserven und aus der Heranziehung des Betriebsgewinnes des vergangenen Jahres den gewaltigen Verlust von 347 Millionen Mark zu decken.

Staatsstreik und Verfassungsbruch soll freigemacht werden.

Eiserne Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler, und die faschistische Front zerbricht!

Die Eisernen Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eisernen Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

Eiserne Front! Vorwärts zum Angriff! Am 13. März wird Hitler geschlagen!

übrigen half Vater Staat den Banken aus der Patsche.

Insgesamt lassen sich die offenkundigen und abgedeckten Verluste aller sechs Banken auf 1040 Millionen Mark errechnen. Ihnen standen an Aktienkapital und Reserven — wenn man von den 300 Millionen Vorzugsaktien abzieht, die das Reich schon im Sommer der Dresdener Bank zur Verfügung gestellt hatte — 885 Millionen gegenüber. Daraus ist zu ersehen, daß bei allen sechs Banken zusammen genommen die Verluste das Eigenkapital übersteigen.

Die Hilfsaktion des Staates bei der Sanierung erstreckte sich auf zwei Operationen. Zunächst sprang der Staat, wie schon erwähnt, für einen Teil der Verluste ein, und zwar durch Teil-

## Der Außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften

der am 23. März in Berlin abgehalten wird,

**fordert auch für 325 000 Ziegel-, Zement-, Kalk-, Keram-, Glas- und Porzellanarbeiter,**

die im Organisationsbereich

des Keramischen Bundes **arbeitslos** sind oder **stark kurz arbeiten,**

**beschleunigte Arbeitsbeschaffung!**

schaffen. Aber diese Arbeitsbeschaffungsaktion würde sehr bald wirkungslos verpuffen, die auf diese Weise beschäftigten Arbeiter müßten nach der Verausgabung der Mittel wieder entlassen werden. und die Arbeitslosigkeit wieder auf das alte Niveau steigen, wenn nicht die inneren Vorbedingungen für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise geschaffen würden.

Diese Arbeit darf also auf keinen Fall vornehmlich sein; und wenn man sie leisten will, muß man von der Erkenntnis ausgehen, daß an der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Jahre 1931 und an der Verhinderung ihrer allmählichen Ueberwindung der Ausbruch der Kreditkrise im Sommer 1931 die Hauptschuld trägt. Nun ist die Kreditkrise nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel herniedergesaut. An ihrem Ausbruch trägt die größte Schuld der Vertrauensschwund, der seit den letzten Reichstagswahlen dem Vordringen des Faschismus und dem Offenbarwerden der schweren Kapitalverluste großer Banken anläßlich der Wirtschaftskrisen im Inland, und insbesondere im Ausland gegenüber den deutschen Banken einsetzte. Die erfolgreiche Abwehr des Faschismus ist daher die eine Voraussetzung für die Ueberwindung dieser Krise. Die Zuversicht in dem siegreichen Ausgang des Kampfes mit dem Faschismus ist in den letzten Wochen, nicht zum wenigsten dank der Formierung der Eisernen Front, sehr stark gewachsen. Aber neben den politischen müssen die ökonomischen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Kreditkrise geschaffen werden, und dabei handelt es sich eben in erster Linie um die Bereinigung der Bankverluste, um die Wiederherstellung einer festen Arbeitsgrundlage für die deutsche Kreditwirtschaft. Andernfalls könnte auf ein normales Funktionieren der Kreditwirtschaft in Deutschland nicht mehr gerechnet werden, und damit würde eine unentbehrliche Voraussetzung für das geordnete Funktionieren der Wirtschaft überhaupt fehlen.

Die Sanierung der deutschen Bankwirtschaft war also in der Tat eine unumgängliche Vorbedingung für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. Eine andere Frage ist, ob sie unbedingt in dieser Form durchgeführt werden mußte. Man könnte beispielsweise die Frage aufwerfen, ob den Aktionären nicht größere Opfer hätten zugemutet werden können, um die Opfer des Reichs niedriger zu halten. Aber diese Frage ist gewiß für

die Bedeutung und die Wirkung des ganzen Vorganges nicht entscheidend. Man könnte weiter fragen, ob sich nicht auch private Kreise hätten finden lassen, die zur Finanzierung des neuen Kapitalstroms hätten beitragen können, damit wenigstens auf diesem Weg die öffentlichen Aufwendungen hätten verringert werden können. Aber es zeigt sich schon bei der DD-Bank, die unbestreitbar am stärksten von den sechs beteiligten Banken aus der Krise hervorging, daß vorläufig nur ein geringer Bruchteil des neu gebrauchten Kapitals bei privaten Stellen unterzubringen war.

Man könnte schließlich die Frage stellen, ob die öffentliche Hand den aktienmäßigen Einfluß, den sie jetzt auf die sanierten Banken erworben hat, auch entsprechend verwaltungsmäßig ausnützt. Und hier ist heute zweifellos die schärfste Kritik am Platz. 90 Prozent des Aktienkapitals der neuen Dresdener Bank, 70 Prozent des Aktienkapitals der neuen Commerz-Bank, und selbst ein gutes Drittel der Aktien der DD-Bank — diese allerdings angeblich nur ganz vorübergehend — befinden sich gegenwärtig in öffentlichem Besitz. Aber die personelle Zusammensetzung der Banken entspricht durchaus noch nicht diesem aktienmäßigen Einfluß der öffentlichen Hand.

Und auf diesem Gebiet werden auch die größten Aufgaben entstehen, insbesondere für die organisierte Arbeiterschaft. Ungefähr die Hälfte der Kreditoren sämtlicher deutscher Kreditbanken, und ungefähr zwei Drittel der Kreditoren sämtlicher Kreditbanken, einschließlich der Staats- und Girobanken, unterstehen heute dem Einfluß der öffentlichen Hand, wobei die DD-Bank in diesem Fall als ein rein privates Kreditinstitut gerechnet wird. Die organisierte Arbeiterschaft wird darauf hinzuwirken haben, daß der Staat diesen ungeheuren Einfluß, den er jetzt auf das Kreditwesen erlangt hat, in der Richtung einer planmäßigen und vernünftigen Lenkung des Kapitalstroms ausnützt, im Gegensatz zur planlosen und unvernünftigen Kapitallenkung, die bisher von den privaten Banken getrieben wurde. Nur wenn sich unter dem Druck der Arbeiterschaft diese Grundsätze einer Hinsteuerung der Wirtschaft auf die Planwirtschaft durchsetzen, werden sich die ungeheuren Opfer, die die Allgemeinheit für die Banken gebracht hat, wirklich und auf die Dauer lohnen.

Dr. Alfred Braunthal.

### Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus einer Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Ueber-

zeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzuhalten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundsversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß aufbietet, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen wie in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

### Wichtige Entscheidung für Staublungenkranke

Der § 12 Abs. 2 der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 hat die Berufsgenossenschaften häufig veranlaßt, zuungunsten der Berufskranken zu entscheiden. In diesem Absatz der Paragraphen wird nämlich bestimmt, daß der Anspruch auf Rente bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 1 Jahr nach dem Inkrafttreten der Verordnung bei dem Versicherungsträger anzumelden ist, dem der Betrieb, von dem die schädigende Einwirkung zugeschrieben wird, angehört. Der § 1547 RVO. gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß die Frist zur nachträglichen Anmeldung ein Jahr beträgt.

Die Frist war also am 31. Dezember 1929 abgelaufen. Die einzelnen Berufsgenossenschaften haben nun versucht, alle Anträge, die nach 1929 gestellt wurden, als verspätet zurückzuweisen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 5. Januar 1932 hat dieser Ungerechtigkeit nun endlich ein Ende bereitet. Wir lassen die Entscheidung ohne Begründung folgen und bitten

die Kollegenschaft, hiervon entsprechend Notiz zu nehmen.

„Ist eine Entschädigung für eine Steinstaublunge abgelehnt, weil sie zur Zeit der Antragstellung nur eine Steinstaublunge mittleren Grades war, so ist es die Entschädigungspflicht nicht aus, wenn später eine Verschlimmerung eintritt und die Steinstaublunge obere Lungenstadien erreicht hat.“

Entscheidungsgründe: Unstreitig ist, daß die durch eine berufliche Beschäftigung bis zum 2. Januar 1927 verursachte Staublungenkrankung des Klägers sich im Laufe des Jahres 1930 zu einer Erkrankung schweren Grades entwickelt hat, daß also im Jahre 1930 — die Beklagte hat als Beginn der Erkrankung den 7. Februar 1930 angenommen — eine Berufskrankheit im Sinne der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 entstanden ist. Streitig ist, ob der Kläger, der wegen der Staublungenkrankung bereits im März 1929 einen Entschädigungsanspruch auf Grund der genannten Verordnung erhoben hatte, mit diesem aber

durch den Bescheid der Beklagten vom 29. Mai 1929 und durch die rechtskräftige Entscheidung des Senats für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt vom 7. Dezember 1929 abgewiesen worden war, weil zur Zeit des Erlasses dieser Entscheidungen eine Erkrankung nur mittleren Grades, also keine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung vorgelegen hatte, berechtigt ist, auf Grund des nunmehr eingetretenen Versicherungsfalles von neuem Ansprüche geltend zu machen.

Diese Streitfrage war im Gegensatz zur Ansicht der Vorinstanzen zu bejahen.

Zunächst ist es für das jetzige Verfahren ohne rechtliche Bedeutung, daß in dem früheren Verfahren der Anspruch des Klägers rechtskräftig abgelehnt worden ist. Denn nach den Gründen der Entscheidung des Senats für Berufskrankheiten vom 7. Dezember 1929 ist durch diese nur festgestellt worden, daß eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit nicht vorgelegen hatte, mithin ein Entschädigungsanspruch überhaupt nicht entstanden war. Die Rechtslage in dem jetzigen Verfahren, in dem, wie ausgeführt, unstreitig ist, daß nach Abschluß des früheren Verfahrens eine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung entstanden ist, ist daher genau die gleiche, als wenn der Kläger vorher überhaupt noch keinen Anspruch erhoben hätte. Hiernach steht die Rechtsfrage der Entscheidung vom 7. Dezember 1929 der erneuten Geltendmachung des Anspruches nicht entgegen.

Ebensowenig hindert der Ablauf der Ausschlussfrist des § 12 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung die Erhebung des Anspruches im vorliegenden Falle. Denn diese Ausschlussfrist ist nach Ansicht des erkennenden Senats, der sich insoweit den Gründen der Rekursentscheidung des Zweiten Rekursenats vom 9. Dezember 1931 in der Unfallversicherungssache Heitmann gegen die Maschinenbau- und Kleinmetalleindustrie-Berufsgenossenschaft — Ia 4616/31 — angeschlossen hat, schon aus rein logischen Erwägungen auf solche sogenannten Rückwirkungsfälle überhaupt nicht anwendbar, in denen eine zu entschädigende Berufskrankheit und damit ein Entschädigungsanspruch erst nach Ablauf der Frist entstanden ist. Aus den gleichen Erwägungen kommt für derartige Fälle auch eine ent-

sprechende Anwendung des § 1547 RVO. nicht in Frage, wie sie § 12 Abs. 2 Satz 3 der Verordnung vorsieht. Denn § 1547 der RVO. regelt die nachträgliche Anmeldung von Ansprüchen, die innerhalb einer für die Anmeldung vorgesehenen Ausschlussfrist nicht angemeldet worden sind, kann also auch nur Fälle betreffen, in denen innerhalb der Anmeldefrist ein Anspruch überhaupt schon entstanden war. Man muß daher bei der Entscheidung des vorliegenden Falles von der Absicht des Gesetzgebers eindeutig wiedergegebenen Vorschrift des § 12 Abs. 1 der Verordnung ausgehen, daß alle Berufskrankheiten entschädigt werden sollen, die wesentlich durch berufliche Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 in Betrieben verursacht worden sind, die in Spalte II der Anlage zur Verordnung bezeichnet sind und zu dem Ergebnis kommen, daß der Kläger mit seinem am 26. April 1930 angemeldeten Entschädigungsanspruch nicht ausgeschlossen ist. Dabei kann dahingestellt bleiben, innerhalb welcher Anmeldefrist Ansprüche aus Rückwirkungsfällen, die erst nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind, angemeldet werden müssen, ob innerhalb von zwei Jahren (§ 1546 RVO) oder innerhalb eines Jahres (§ 1547 RVO vom 11. Februar 1929). Die Beklagte ist daher verpflichtet, den Kläger dem Grade der Minderung seiner Erwerbsfähigkeit entsprechend zu entschädigen. Die Vorurteilung der Beklagten konnte nur dem Grade nach folgen, da die Akten keine genügenden Unterlagen für eine Festsetzung der Rente der Höhe nach enthalten.“

Nach dieser Entscheidung in Verbindung mit der oben erwähnten Verordnung ist also für den Rentenanspruch allein die Tatsache ausschlaggebend, daß der Antragsteller sich die Krankheit bei einer Beschäftigung nach 1919 in einem Betriebe, der der Versicherung unterliegt, zugezogen hat.

Des weiteren muß der Antrag nicht der Zeit bis zum 31. Dezember 1929 gestellt sein, wenn z. B. die schwere Staublung noch nicht vorhanden war.

Jos. Milowczok, Hannover.

### Der Rote Präsidentschaftskandidat E. Thälmann

Hans Pütz-Leipzig schreibt in seiner trefflichen Broschüre „Dokumente kommunistischer Führerkorruption, die KPD. im Dienste der russischen Außenpolitik“, Verlag Kurt Wildes-Leipzig, die folgenden Kapitel.

Teddy Thälmann.

Er heißt eigentlich Ernst mit Vornamen, ist aber unter seinem Spitznamen Teddy bekannt, den er deshalb bekam, weil er körperlich und geistig so plump ist, wie das vom Teddybären behauptet wird. Seit 1920 ist er „schon“ politisch organisiert, spielte aber keine Rolle und hätte wohl auch kaum eine gespielt, wenn ihn nicht eines Tages Manuilski gesehen hätte, als er, damals noch Hafenarbeiter, in einer Mitgliederversammlung in Hamburg sprach. Manuilski war damals Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Deutschland und nahm auch gelegentlich inkognito an einer Mitgliederversammlung teil. Teddy sprach also, aber es kam weniger auf das Was, sondern mehr darauf an, wie er sprach. Angetan mit einem grünlich-schwarzen schwarzen Bratenrock aus Urväters Zeiten und mit einem hohen Stohkragen, sprach er recht temperamentvoll, so daß Bratenrock und Kragen bald zu enge wurden. Mit unmaßnahmlcher Geste wurde der Rock abgelegt und der Kragen heruntergerissen. Sogar imponierte den Russen, die einen echten Proletariertyp für die Zentrale brauchten. Teddy sah wie ein Musterproletarier aus und kam aus Hamburg, also einem Bezirk, der für die Russen sehr wichtig war und in dem bis dahin der Querkopf Urbans residierte, der ein Schulmeister, also Bourgeois war. Mit einiger Nachhilfe gelang es, Teddy in die Bezirksleitung von Hamburg zu dirigieren. Die „nackten Tatsachen“ der Ruth Fischer besiegten auch den braven Teddy, so daß er für die Linie der sogenannten „Linken“ gewonnen wurde und von Ruth Fischer auf den verschiedensten Parteitag, wo es galt, die Brandlerianer abzuhängen, als echter Proletarier präsentiert wurde. Ruth Fischer, Teddy, Schütz, König und Scholem, das war ein wunderbares fünfblättriges Kleeblatt. Ruth arbeitete mit unschuldigem Augenaufschlag, und wenn das nichts half, mit den „nackten Tatsachen.“ Schütz, König und Scholem waren die Fraktionschieber, die im stillen arbeiteten, und Teddy, das schwere proletarische Geschütz, das gegen die mit der Sozialdemokratie sympathisierenden rechten Bonzen aufgeboden wurde.

Rot-Front-General und Präsidentschaftskandidat.

Auf dem Frankfurter 1. Tag 1924 kam Teddy mit ins Zentralkomitee, blieb aber eine Null bis zur Gründung des Roten Frontkämpferbundes. Auch Ruth Fischer und mit ihr die meisten Mitglieder der Zentrale waren davon überzeugt, daß der Rote Frontkämpferbund eine Pleite werde, und sie gaben deshalb diese Organisation an Teddy, der damit eine Domäne und eine Beschäftigung bekam. Teddy schrieb als neugebackener „General“ eine Unmenge Artikel über die Aufgaben und Ziele des RFB. Sämtliche Artikel bekam er erst zu sehen, wenn sie im Druck erschienen waren. Geschrieben wurden sie von anderen Leuten. Teddy selbst hat nicht einen einzigen Artikel geschrieben, er wäre dazu auch gar nicht in der Lage gewesen. Bei der Vorbereitung zur Wahl des Reichspräsidenten — alle auf Befehl Moskaus auch die KPD, einen Präsidentschaftskandidaten nominieren, Ruth Fischer hatte die erste Absicht, Präsidentschaftskandidat zu werden, aber die Moskauer, bei denen sich Ruth nie eines besonderen Wohlwollens erfreute, winkten so hef-

tig ab, daß Teddy auf den Schild gehen wurde. Das war die Grundlage zu seiner Popularität. Er wurde einige Wochen lang von Versammlung zu Versammlung geschleppt, mußte Paraden über den am Bahnhof aufmarschierten RFB. abhalten und reden. In jeder Versammlung durfte er einige Minuten sprechen, das eigentliche politische Referat hielt, nachdem Teddy gegangen war, ein anderer. Ueberall war der Klugheits zu bewundern, und es ist nicht erstaunlich, daß der an sich gutmütige und harmlose Mensch allmählich selbst an seine Gottähnlichkeit glaubte, daß er sich zum Führer der kommenden deutschen Revolution berufen fühlte. Die Angestellten-Funktionäre nahmen ihn nicht ernst, sie sagten zwar nichts, wenn er mit ernster Miene den großen politischen Unsinn erzählte, hinter den machten sie sich um so mehr über den Schwund lustig oder schämten sich einer Bewegung, die von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht über Paul Levi, Brandler, Thälmann auf einen solchen Dammkopf wie Thälmann gesunken war.

Als ich Mitte 1926 in die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes nach Berlin kommandiert wurde, ging ich oft abends in die Halle des Zentralkomitees der Partei, um mit Thälmann die laufende Arbeit im RFB. zu besprechen. Es war eine reine Form, denn die Meinung Teddys wurde lediglich als Kenntnis genommen. Er war aber nun einmal der 1. Vorsitzende des RFB., wenn auch nur als Renommierschutz. Teddy saß da in einem trostlos grauen Zimmer, das eine betonte proletarischen Charakter haben sollte und in dem nur ein klapperiger Schreibtisch und einige alte Stühle standen. Teddy ließ abends meist Zeitungen und machte Anstrengung mit dem Rotstift. Zuerst wunderte ich mich, daß die Zeitungen alle große Löcher aufwiesen und machte ihn darauf aufmerksam. „Ja“, sagte Teddy, „das sind die abgelegten Zeitungen, die ich noch mal nachsehe, ob noch was wichtiges drinsteht.“ Man gab also dem „Führer des deutschen Proletariats“ die Zeitungen zur Lektüre, aus denen bereits für Archiv und Referentmaterial wichtige Stellen herausgeschnitten waren. Hätte man ihm die vollständigen Zeitungen schon vor mittags gegeben, er hätte ja doch nichts damit anfangen können. Die anderen machten ihm ja das Material fertig, warum sollte er sich da den Kopf zerbrechen?

Diese Broschüre ist wert, daß sie von allen aufrechten Arbeitern gelesen wird.

### Schandtaten der Nazis

33mal wurden Ueberfälle auf gewerbliche Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausschreitungen begangen, in öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal.

100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 279mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal von Arbeitersportlern gemeldet.

In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien planmäßig mißhandelt, 20mal ausgesprochen Parteilose. „Aus Versehen“ wurden „färrümlicher Weise“ 12mal oder schwer mißhandelt.



# Glasarbeiter Tettaus, aufgepaßt!

Nach der Notverordnung vom 8. 12. 31 haben die Glasarbeiter des Bezirks Tettau im Rahmen der Weibholzglasindustrie eine Lohnsenkung bei den Verhandlungen in Nürnberg hinnehmen müssen. Die Glasarbeiter glaubten nun, daß es damit genug ist. Das war aber nicht der Fall; denn schon einige Tage nach der Verhandlung erklärte der Fabrikbesitzer Heinz in Kleintettau die Löhne seien trotz Kürzungen heute noch um 50 Proz. zu hoch. (?)

Schauen wir uns dabei einmal die Löhne näher an, die die Firma Heinz in ihrem „Eldorado“ bezahlt. Wenn Glasmacher in anderen Bezirken 50.— bis 55.— RM die Woche verdienen haben, haben bei diesem Nazi-Unternehmer unsere Kollegen 40.— bis 42.— RM in der Woche erreicht. Nun können alle sich vorstellen, wie die Löhne heute noch aussehen. Aber Herr Heinz läßt seinen Arbeitern keine Ruhe und damit auch nicht dem Betrieb. Der kalte Lohnabbau durch einseitige Herabsetzen der Sortenpreise und Einschreiben nach dem anderen wird versucht. Der Betriebsrat lehnt diese Handlungsweise auf das Schärfste ab.

Auf Grund der Ablehnung des Betriebsrates verlangt die Firma die Abhaltung einer Belegschaftsversammlung. Die Belegschaft, bestehend aus meist freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, lehnte ein Lohnabbau ab. Nur zwei Hakenkreuzler enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme. Als man nun einen dieser „Haken“ vom Dritten Reich fragte, warum sie nicht mitgestimmt hätten, erklärte dieser Nazimann Rauch: „Mit Euch stimmen wir nicht mehr.“ Jawohl, hier spiegelt sich das wahre Gesicht der NSDAP wieder. Nicht nur die Arbeiter als Mitglieder der NSDAP, leisten der Firma Helferdienste zu neuem Lohnabbau, sondern auch der Betriebsleiter, ebenfalls ein Nazi, und der Hüttenmeister Stiecher, Nazikommissar oder auch Kommissar-Nazi. So hat der Betriebsleiter Heinz, als die Betriebsräte einen derartigen Akkordlohnabbau ablehnten und auf die Gewerkschaft hinwiesen, die doch Tarifpartner ist, mit „italienischer“ Stimme erklärt: „Da kann uns keine Gewerkschaft etwas sagen; wir machen, was wir wollen. Wenn der Abbau heute nicht langt, dann werden wir ohne eure Zustimmung in acht Tagen noch mehr abbauen.“ Wahrscheinlich hat der Fabrikbesitzer Heinz die Stärke seiner Helfer, der Nazis, erst jetzt erkannt. Danach hat er erneut einen 20 prozentigen Lohnabbau angekündigt. Die Betriebsräte haben das in aller Form zurückgewiesen. Darauf hat die Firma eine Steigerung der Produktion verlangt. Es muß aber an dieser Stelle festgehalten werden, daß eine Mehrleistung nicht mehr zu erreichen ist. Die Organisation ist von einem Tarifbruch der Firma verständigt und wird Gegenmaßnahmen ergreifen.

Die Belegschaft ist der Meinung, daß sich die Firma eine Steigerung der Produktion von den technischen Leitern vormachen lassen soll. „Die Gewerkschaft“, sagt Heinz, „hat unsere Sachen nichts hinzuzusetzen.“ Hoffentlich hat Heinz noch nicht vergessen, mit welchen zähen Mitteln die Arbeiter von Kleintettau in der Vorkriegszeit den Kampf um jeden Pfennig Lohnabbau geführt haben. Wenn Heinz auch heute einmal den starken Willen der Gewerkschaften spüren will, dann soll er nur einige Tage so weiterwirtschaften.“ Herr Heinz, dann werden Sie mit Ihrer Umgebung die Augen bestimmt aufreißt und nach der Gewerkschaft rufen.“ Wenn Heinz erklärt: „Rechtlohn ist Höchstlohn“, beweist er, daß er den Vertrag nicht kennt oder nicht kennen will. Rechtlohn soll jeder vollleistungsfähige Arbeiter verdienen, und wenn er nicht erreicht wird, so klagt er beim Tarifschiedsgericht. Dort muß den Kollegen bestimmt geholfen werden, da sie im Recht sind.

Arbeitskollegen! Wollt Ihr denn in Kleintettau kochen und Treiben noch weiter zusehen?

Wollt Ihr denn den Hakenkreuzlern von Arbeitgebern im Verein mit einem Teil ihrer Schächeln, die bei den Nazis organisiert sind, länger die Möglichkeit geben, eure Lebensbedingungen zu verschlechtern trotz Tarifvertrag? Wollt Ihr euch den kargen Lohn, den die Nazis mit Hilfe eures Verbandes durchgesetzt habt, euch von diesen Leuten rauben lassen? Nein, Gebt der längst als kapitalistische Partei bekannte Nazipartei die richtige Antwort: „Schluß mit Lohnabbau, ob er offiziell durchgeführt werden soll.“ Es muß ist voll. Zeigt ihnen, daß eine Partei, die ihr Geld von Herrn Thyssen usw. bekommt, um der Arbeiterschaft das Errungene abzunehmen, keine Arbeiterpartei ist, der auch keine werden kann. Macht Schluß mit Kleintettau mit dieser Bewegung! Stärkt die führende bewährte Kampfgewerkschaft im Verband. Stellt euch in die Reihen des Keramischen Bundes. Abt. des Fabrikarbeiterverbandes. Nur dieser ist allein in der Lage, eure Interessen zu wahren und eure Existenz zu sichern.

## Besichtigung der Glasfachschule

Die Banzlauer Glasfachschule, besichtigten die Glasfachschule. Unter Führung der Herren Professoren und Lehrer konnte auch gleich die keramische Fachschule besichtigt werden. Bewundert wurden in der Glasfachschule die Schmelzöfen. Es ist staunenswert, in welcher kurzer Zeit diese Öfen auf solche hohe Temperatur gebracht werden können. Z. B. 1550 bis 1550 Grad. Des weiteren auch die elektrische Schmelzöfen. Interessant ist ferner das Prüfungsverfahren in der Entspannung

des Glases (kühlen). Von großem Vorzug in dem Lehrwesen ist, daß jeder Schüler, nachdem er den Vortrag in der Chemie gehört hat, selbstständig die Rohmaterialien zur Herstellung des Glases zusammenstellen, mischen und schmelzen kann.

Das Interesse der Besucher war ein sehr großes, da sie ja als Facharbeiter mit den Dingen eng verwandt sind. So wird geplant für Interessenten Abendkurse für theoretischen Unterricht einzulegen, zwar zwei Stunden zu ganz geringen Unkosten.

Wenn bei der Glasfachschule von Interesse gesprochen wird, so trifft dasselbe auch bei der keramischen Fachschule zu. Wenn auch ein Teil der Besucher schon lange in Banzlauer wohnt oder gar in Banzlauer geboren wurde, so war bis jetzt das Handhaben bei der Verarbeitung des Tones manchem unbekannt. Doch steht auch hier fest, daß die Technik auf diesem Gebiet sehr weit vorgedrungen ist. Am Schluß wurde noch die Ausstellung besichtigt. Hier sah man so recht, wie die Neuerung mit der Zeit vorwärts schreitet und wie die praktische Seite herausgehakt wird.

Die Besichtigung hat den Besuchern den Beweis gebracht, daß die Glasfachschule und die keramische Fachschule zusammen gehören. Es war die richtige Lösung, durch den Ausbau diese beiden Schulen zu verbinden. So kann von den Glasfacharbeitern allen denen, die dazu beitragen, daß dieses Kulturwerk zustande kam, aufrichtiger Dank gesagt werden. Auch den Leitern dieser Schulen sei an dieser Stelle nochmals gedankt für Erklärung und Führung durch diese Lehranstalten.

## Penzig

Nicht genug, daß die Arbeiterschaft der Glasbläserwerke „Phönix“ bei höchster Leistung 10,5 Prozent Lohnüberabsetzung hinnehmen mußte, so wird außerdem noch mit allen schätzbaren Mitteln von der Betriebsleitung versucht (wie seit jeher bekannt), die Löhne der Akkordarbeiter weiter herabzudrücken, unerfüllbare Leistungen aufzustellen und durch Schikane die tariflichen Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen. Wenn ein Arbeiter sagt, er wird sich sein Recht suchen und klagbar werden, so wird darauf geantwortet: „Wer mich verklagt ist erledigt“. Das heißt, er fliegt raus und wird nie wieder eingestellt. Mit diesen Drohungen glaubt man, die Notlage der Arbeiter auszunutzen und die Arbeiterschaft müde zu machen. Der Hauptmatador an der Seite des

Direktors ist der tschechoslowakische Betriebsleiter Bionort, der angeblich vom Glasofenbetrieb wenig Ahnung haben soll, desto mehr vom Kommandieren zu verstehen scheint. Es ist an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht darauf gedrängt werden muß, daß solche Leute außerhalb der deutschen Grenzpfähle tätig sein sollten, damit sie nicht deutsche Arbeiter schikanieren können.

## Steinach (Thür.)

Mit was für vertierten Verbrechern es die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft zu tun hat, zeigt wieder einmal ein Dokument, welches ich von einem Nazijüngling erhalten habe. Woher dieser Unmensch stammt, ist mir nicht bekannt. Er ist aber sicher in der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei, der Partei der Großkapitalisten, Großbankiers, der Generale, überhaupt der Partei der früheren Offiziere, der Partei der Prinzen und Prinzessinnen, zu suchen. Nachstehend das Dokument, wie es die Post in mein Schließfach gelegt hat. Das Kuvert trägt den Poststempel: Steinach, 24. 2. 32.

„Steinach den 20. Februar 1932.

An Christian Wittig  
Wir wünschen Dir in diesen Jahren den Totengraß für immer dar  
Zwei Handgranaten von der Straße aus genügen Dir vollkommen in Dein Haus  
Auch stecken wir Dein Kopf auf den Zaun den Publikum zur Schau.  
„Du brauchst nicht zu lachen ohne Scherz dran glauben muß dein Genosse Lärz.  
Auch Krankenkassenbonzen und Consum die Köpfe drehen wir euch rum die kommen denn auf einen Pfahl so haben sie ein schönes Denkmal ihr habt noch Erist bis zum 15. März es ist ohne Scherz  
Wir rufen nun mit euch ist aus und schreiben mit euren eigen Blut an euren

Deutschland erwache! Heil Hitler  
Mit den Kommunisten mach wir es nicht viel besser,  
die schlechten wir bis aufs Messer.  
Heil Hitler, Deutschland erwache.“

Wenn Arbeiter und fühlende Menschen dieser Nazipartei nur noch etwas Anstand besitzen, dann müssen sie sich mit Ekel von dieser Partei abwenden.

Unter einer solchen Horde Menschen, die nur nach dem Leben Andersdenkender trachten, dürfte kein Arbeiter bleiben, der es mit seiner Familie und mit sich selbst ehrlich

meint. Auch unseren Kommunisten dürfte dieses Schanddokument zeigen, daß nun endlich der Bruderhaß beiseitegelegt werden muß.  
Den Verbrechern aber, die mein Haus mit zwei Handgranaten bewerfen und damit auch meine Familie vernichten und meinen Kopf auf einen Zaunpfahl stecken wollen, kann ich sagen: Ihr könnt nur Häuser in Brand stecken und Menschen morden, aber den Geist tötet ihr nicht. Der Massenmörder Kurten hat auch menschlings gemordet, sein Schicksal hat ihn aber doch ereilt. Ich sage euch ferner, daß auch die Steinacher Arbeiterchaft zeigen wird, wessen Köpfe auf den Zaunpfählen zur Schau gesteckt werden, falls ihr vertierten Menschen ja einmal wagen solltet, einen Um-Lurz vorzunehmen.  
Chr. Wittig, Gewerkschaftsangehöriger.  
Steinach-Thürw., Uferweg II.

## Goslar

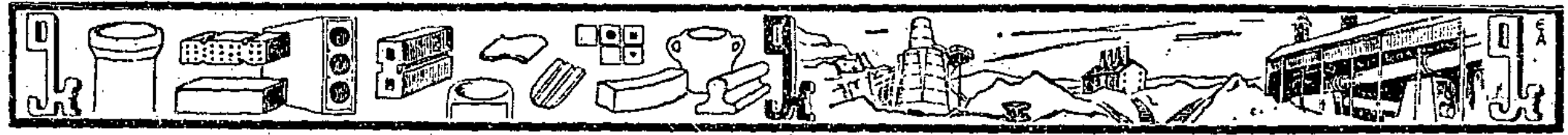
Bei der Glasfabrik Genthe & Co. in Goslar, bestehen fortgesetzt Streitigkeiten, die zur Entlassung von Kollegen geführt haben. Trotzdem genügend Facharbeitskräfte am Ort vorhanden sind, versucht man, Zuzug von außerhalb zu veranlassen.  
Es muß aus diesem Grunde ersucht werden, daß alle evtl. nach Goslar zu machenden Arbeitsangebote an die Ortsverwaltung unserer Zahlstelle:

Goslar, Bergstraße 6, II gerichtet werden.

## Glasindustrielles

Unter der Wirtschaftsdpression verschlechterte sich im allgemeinen auch die Geschäftslage der Hochglasindustrie. Der Auftragslage war unzureichend. Infolge des bestehenden Überangebots waren die Verkaufspreise sehr gedrückt. Die Zahlungswaise der Kundschaft war weiterhin schleppend. Der Geschäftsgang der Spiegelglas- und Flaschenindustrie ist unverändert still. Die Betriebsanlagen sind nur zu einem Drittel bis zu einem Drittel der Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Das Geschäft in dünnem Fußglas ist auch sehr schleppend. Hier ist es besonders der Inlandmarkt, der eine neuwertige Nachfrage überhaupt nicht aufweist. Der Export war gegenüber dem Vormonat etwas lebhafter. Auch in der Kristallglasindustrie war die Geschäftslage sehr ungünstig. Die Aussichten für das Frühjahrsgeschäft sind außerordentlich trübe. (Aachen, Düsseldorf, Gurlitz, Hirschberg.)

In Württemberg haben die Produktionsverhältnisse in der Glasbläserei, Glasschleiferei und in Glasschildern eine vorübergehende Belebung erfahren. Die an sich nicht unbefriedigenden Verhältnisse werden jedoch durch die starken Preisunterbietungen nachteilig beeinflusst. In der Herstellung von grünen Flaschen herrscht weiterhin Kurzarbeit. (Württ. Ind. und Handelstag.)



# Arbeitslosigkeit der feinkeramischen Industrie

In beiden Zweigen der feinkeramischen Industrie hat sich die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit seit dem Jahre 1927 rapid aufwärts entwickelt. In der gesamten Industrie waren:

Jahr	arbeitslos	haben kurzgearbeitet
1927	5,1%	5,3%
1928	6,6%	6,1%
1929	11,4%	12,6%
1930	18,9%	24,8%
1931	32,1%	31,4%
im Dezember 1931	37,6%	28,2%
im Januar 1932	39,0%	39,5%

Seit Anfang 1931 sind die Tariflöhne unausgesetzt gesenkt worden. Schon Mitte 1930 begann die Senkung der Stücklöhne und Leistungszulagen. Unternehmer und Regierung haben an die Lohnsenkung die Hoffnung geknüpft, daß die Industrie dadurch besonders auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähiger werden würde. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beweist das Gegenteil. Da nicht nur die Unternehmer der feinkeramischen Industrie, sondern alle Unternehmer diese verderbliche Lohnpolitik betreiben, schwindet die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch im Inland immer mehr. Wer soll denn nun kaufen? Das Ausland kauft nichts, schützt seine einheimische Industrie durch Zollerhöhungen und Währungsexperimente, im Inland sorgen die Besitzer der Produktionsstätten selbst für Drosselung der Kaufkraft. Ist das nicht eine verflückte Welt? Noch nicht einmal die versprochene Preissenkung kann die Regierung, trotz Preiskommissar, durchsetzen. Dabei ist in allen Familien an Gebrauchsgegenständen, auch Geschirr, der allergrößte Mangel.

Wenn die Struktur der deutschen Industrie auch einer starken Ausfuhr bedarf, so muß doch für die Zeit zeitpolitischer Auseinander-

setzungen, wie wir jetzt eine haben, dafür gesorgt werden, daß der Inlandmarkt aufnahmefähig gehalten wird. Das kann nur geschehen durch Hebung des Reallohnes, durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Die Porzellanarbeiter fordern daher: Weg mit der Kaufkraftzerstörung durch Lohnabbau, schafft Arbeit durch Hebung des Reallohnes!

An die Regierung richten wir die Aufforderung, das Verhalte ihrer bisherigen Lohnpolitik den bisher gemachten Erfahrungen entsprechend einzuziehen und zukünftig statt für Kaufkraftschwächung, für Kaufkraftstärkung einzutreten.

## 15 000 Steingutarbeiter fordern Arbeit!

Im Jahresdurchschnitt 1931 hat die Steingutindustrie 35,7 Proz. Arbeitslose und 30,0 Proz. Kurzarbeiter gehabt. Die Beschäftigung im Januar dieses Jahres liegt noch unter diesen Zahlen.  
Im Jahre 1927 waren 15 000 Beschäftigte in den Steingutfabriken bei voller Arbeit tätig. Heute sind es nur noch 7500 und diese arbeiten bei weitem nicht voll. 15 Betriebe mit ehemals 3700 Beschäftigten liegen gänzlich still. Besonders schwer hat es die sanitäre Spülwarenindustrie betroffen, weil durch die unterbrochene Bautätigkeit keinerlei Steingutware wie Klozetts oder Waselische gebraucht werden. Dabei sind die Löhne der Steingutarbeiter heute gegen dem Jahre 1927 mindestens um 33 Proz. gesenkt worden. Also kann es nicht ausschließlich an den Löhnen liegen, wie die Unternehmer immer behaupten.

## 15 000 Steingutarbeiter brauchen Arbeit! Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde!

Ein ganz kleiner Köther ist und am Montag nach der großen Naziversammlung schien er noch kleiner geworden zu sein. Die Agitation für diese Betriebszellenversammlung war sehr reger. Überall im ganzen Betrieb, wohin man nur lauschte, hörte man über die geplante Versammlung reden. Am Sonnabend, dem 20. Februar, wurde an den Toren der Fabrik ein politisches Naziflüßblatt verteilt, dessen Inhalt unsere Kollegen in Anbetracht der Katerstimmung nach dem Aschermittwoch, wieder etwas zu humor kommen ließ. Der Montag, der 22. Februar, rückte heran und wurde eingeleitet morgens früh mit einer nochmaligen Verteilung von Einladungen zur Betriebszellenversammlung, damit ja sämtliche Arbeiter erfaßt wurden. Die Nazis hatten in ihrem großen Wahn schon angeprangert, daß sie mit einer

großen Versammlung von 300 Mann rechnen würden. Sogar der Wirt schien mit einer solchen Versammlung zu rechnen. Er ließ sich schnell noch einen Kellner kommen, der die zahlreichen Gäste in der Versammlung bedienen sollte. Der fand sich auch in der Person eines treudeutschen Mannes vom „Stahlhelm“. Alles war vorbereitet und die Nazis hatten kein Opfer und keine Mühe gescheut, um die Keramarbeiter von Wesel in ihre Netze zu fischen. Als die Sirene um 4.30 Uhr Feierabend gebot, strömten die Arbeiter zum Tore hinaus, um so schnell wie möglich nach — Hause zu gehen. Die Nazis machten lange Gesichter. Es fanden sich ganze 4 Personen, wie bitte? Jawohl, ganze 4 Personen, in Buchstaben: vier Personen, ein, die nach der Versammlung die sogenannte Zelle gebildet haben. Es wäre besser gewesen, man hätte diese vier in eine Gumizelle eingesperrt und in eine Kaltwasserheilanstalt geschickt. Außer den vier Arbeitern fanden sich im Lokal noch fünf bis sechs Polizeibeamte ein, die sofort den Schutz der vier Personen übernahmen; denn vom Glaci, etwa 20 Meter vom Lokal entfernt, schienen ungefähr 12 Kommunisten herüber und beobachteten die Sache.

Die Steingutarbeiter von Wesel haben gezeigt, daß sie den Phrasen der Nazis kein Gehör schenken und ihre wirkliche Interessenvertretung auf wirtschaftlichem Gebiete nur bei den Gewerkschaften suchen. Die Steingutarbeiter in Wesel sind selbst Mann genug, um ihre Interessen vertreten zu können. Das haben sie oft genug bewiesen und dem dummen, albernen Gerate dieser Auch-Arbeiterpartei unter dem großen Führer Hitler schenken sie gar keine Sympathie. Hitler kann unsorer Auffassung auch die Interessen der Arbeiter am allerwenigsten vertreten, sonst würden es sich die Arbeitgeber nicht so viel Gold kosten lassen. Eine Partei, der Prinzen und Grafen und Fürsten und pensionierte Generale, Offiziere, Fabrikanten und Gott weiß, wer noch angehört, kann nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Das haben die Steingutarbeiter in Wesel schon erkannt in ihrer langen gewerkschaftlichen Erfahrung.

## Arzberg

In dem Betrieb der Firma Carl Seltmann im benachbarten Schlottenhof ruht nun die Arbeit wieder gänzlich, nachdem kurz vor Weihnachten die Produktion abermals aufgenommen worden war. Der Betrieb ist als Ergebnis eines im Herbst vorigen Jahres eingeleiteten Vergleichsverfahrens in den Besitz der Firma Seltmann-Weidau, zu der auch bekanntlich die Porzellanfabrik Schirnding gehört, übergegangen, da diese nach allgemeiner Auffassung Hauptgläubiger war. Der Betrieb, der vier Brennöfen hat, wurde im August 1931 stillgelegt, wodurch zirka 100 Arbeiter brotlos wurden, und was für die kleine Gemeinde Schlottenhof einen harten Schlag bedeutete.

## Nazisturm auf die „Keramag“

Auch in Wesel haben die Nazis nun Anstrengungen gemacht, das Dritte Reich in entscheidende Empfehlung zu bringen. Am Donnerstag, dem 18. Februar, wurden die Arbeiter der Keramischen Werke in Wesel mit einer Nazi-Einladung überrascht, die folgendermaßen aussah:

Betriebszellenversammlung  
am Montag, dem 22. Februar, im Lokal Bröckerhoff, Inhaber Gertaus, nachmittags 5 Uhr. Es spricht Pg. Freytag-Essen über: Wozu NSCS. Sind wir Nationalsozialisten gewerkschaftlich? Freie Ausssprache!

Für Druck und Inhalt verantwortlich zeichnete Hans Köcher. Der junge Mann ist von Berat Schlosser und bei der „Keramag“ beschäftigt. Nebenbei bemerkt sei, daß es nur

Eine ganz geringe Anzahl Arbeiterinnen wurde im Schirndinger Betrieb untergebracht. Infolge zahlreicher Bestellungen wurde vor Weihnachten die Arbeit in Schlottenhof wieder aufgenommen, da der Schirndinger Betrieb nicht in der Lage war, die Aufträge zur gegebenen Frist zu erledigen. In Schlottenhof wurde das Geschirr in Weiß hergestellt, und dann nach Schirnding geschickt, wo es dekoriert und versandfertig gemacht wurde. Jetzt, nachdem die Weihnachtssaison vorüber ist und der Auftragseingang auch infolge der Zollerhöhungen mancher Länder spärlicher geworden ist, wurde die Produktion im Schlottenhofer Betrieb wieder eingestellt.

Interessieren dürfte auch, daß der Privatbesitz des früheren Besitzers der Schlottenhofer Fabrik, ein altes Rittergut, bestehend aus größeren Gebäudekomplexen und vielem Grundbesitz, nun so ziemlich schleifen geht, da die Städtische Sparkasse Thiersheim, von der die letzten Besitzer Darlehen als Hypothek auf diesen Besitz erhielten, so ziemlich alles verkauft, um wieder zu ihrem Geld zu kommen.

**Hirschau**

Die Betriebsleitung der Firma Christian Carstens, Steingutfabrik in Hirschau, hat ihrer Belegschaft durch Anschlag am schwarzen Brett bekanntgegeben, daß der Betrieb ab 25. März 1932 stillgelegt wird. Als Grund wird schleppender Auftragseingang angegeben. Boshafte Menschen behaupten aber, daß der Grund anderweitig zu suchen ist. In dem Betrieb wurden in den letzten Monaten Überstunden in großem Ausmaß geschoben. Nur wenig Arbeiter haben die gesetzliche Arbeitszeit. Ob Überstundenzuschlag gezahlt wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Arbeiter werden vor die Alternative gestellt, entweder verzichten oder stampeln. Die Antwort fällt bei der hier herrschenden großen Arbeitslosigkeit für die Firma günstig aus. Es warten ja Dutzende auf Erlangung einer Beschäftigung um jeden Lohn. Die Kollegen müßten sich aber doch auch einmal, wenn auch unter Opfern, zu dem Entschluß aufraffen, diesem Überstundenzuschlag Einhalt zu bieten. Die Sklaverei wird doch erst im Dritten Reich eingeführt; wir ersuchen die Verantwortlichen, sich noch etwas zu gedulden. Also abwarten, und nicht alle Hügel auf einmal einebnen wollen.

In der letzten Zeit wurde an die Zeitlohnarbeiter das Ersuchen gestellt, von ihrem ohnehin dürftigen Lohn noch einen Pfennig

pro Stunde abzutreten, damit einigen Fertigmacherinnen doch ein halbwegs der Arbeitsleistung angepaßter Lohn bezahlt werden kann. Dieses wurde, und auch mit Recht, abgelehnt. Die Arbeiterschaft hat schon mehr, als für sie tragbar ist, auf ihre Schultern genommen. Die Berechnung der Verkaufspreise ist doch nicht Sache der Arbeiterschaft, sie kann für Fehler der Betriebsleitung rüch aufnehmen. Es sind genügend Herren tätig, die dürften solche Kalkulationsfehler nicht vorkommen. Die Arbeiter müssen einen Lohn erhalten, der ihnen doch mindestens das Existenzminimum sichert. Bei Stundenlöhnen von 40 Pf. und noch weniger für Facharbeiter im Akkord ist aber das doch bestimmt nicht mehr der Fall. Von den Löhnen der Arbeiterinnen wollen wir vorerst überhaupt nicht reden, hier wären noch viel krassere Fälle zu bemängeln.

Es könnte, wenn die derzeitigen Verhältnisse noch lange weiter bestehen, auch der langmütigsten Belegschaft einmal die Geduld reißen. Dann ist es aber sehr fraglich, ob beim Nichtmehrtrauen des Fabrikherrn, das Gehalt eines der Diktatoren auch noch weiter geht. Diesem Herrn möchten wir noch mit anheimstellen, den Bogen nicht allzu stark zu überspannen, sonst könnte er reißen.

Der Arbeiterschaft wollen wir auch von dieser Stelle aus zurufen, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, euch vollständig der Unternehmerwillkür auszuliefern, sorgt durch roge gewerkschaftliche Tätigkeit, daß noch immer der Wille und die Kraft vorhanden ist, das Unternehmertum in seine Schranken zu verweisen. Nur eine lebendige, kämpfende Arbeiterschaft vermag ihre Interessen zu wahren. Darum vorwärts, trotz alledem!

**Porzellanindustrielles**

Der Rückgang in Beschäftigungsgrad und Absatz der thüringischen Porzellanindustrie hat sich auf der ganzen Linie fortgesetzt, und zwar werden alle Zweige, sowohl die Geschirre wie die Elektro-Porzellanindustrie wie die Zier- und Kunstporzellanindustrie in gleicher Weise betroffen. Infolgedessen haben schon nicht wenige Betriebe stilllegen müssen, zahlreiche weitere Stilllegungsanträge sind gestellt worden. An sich ist zwar infolge weitgehender Räumung der Läger des Handels sowohl wie der Warenhäuser im In- und Ausland Bedarf vorhanden. Wenn sich dieser Bedarf aber zu Aufträgen verwirklichen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. (Thüring. Stat. Landesamt.)

**Selb**

Not und Elend herrschen in der einstmaligen aufblühenden Stadt des Porzellans in Selb. Die Belegschaften der Fabriken sind um die Hälfte reduziert; weitere Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen sind bei der Regierung angezogen. Die noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen arbeiten 1 bis 3 Tage in der Woche, ja manchmal gar nur einige Stunden.

Die katastrophale Krise wirkt sich auch auf den Stadtsäckel aus. Die Wohlfahrtslasten steigen ins Ungemessene, während die Einnahmen immer geringer werden. Durch diese Umstände ist die Stadt in Zahlungsstockungen geraten. Die Gehaltszahlungen an die städtischen Beamten konnten vorerst nicht erfolgen, da die Wohlfahrtsunterstützungen sichergestellt wurden.

Wenn es der Porzellanindustrie nicht gelingt, sich auf billigere Erzeugnisse (Stapelware) umzustellen, oder mit den Qualitäts-erzeugnissen wieder besser auf den Markt zu kommen, so ist für die Stadt Selb und ihre Bevölkerung das Schlimmste zu befürchten.

**Hutschenreuther-Tielsch**

Im Zusammenhang mit dem schon bekannten Fusionsvorschlag mit der C. Tielsch & Co. AG. wird die Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther ihr Kapital von 3,2 RM im Verhältnis 2:1 auf 1,6 Mill. RM zusammenlegen. Die 5000 RM Schutzaktien werden eingezogen. Die 1000 Vorzugsaktien im Nominalbetrage von 40.000 RM werden auf 500 Stück verringert. Dafür wird das Stimmrecht dieser Vorzugsaktien herabgesetzt. Anschließend erfolgt eine Erhöhung um 400.000 RM durch Ausgabe von 8-prozentigen Vorzugsaktien. Außerdem erfolgt im Gegensatz zu den bisherigen Mitteilungen eine weitere Erhöhung um 100.000 Reichsmark Stammaktien, die zur Angliederung der C. Tielsch AG. benutzt wird. Die im Besitz der C. M. Hutschenreuther befindlichen Eigenaktien sollen zur Durchführung eines von der Porzellanfabrik C. Tielsch & Co. AG. mit ihren Gläubigern abgeschlossenen Vergleichs benutzt werden.

**Internationale Porzellan-Verhandlungen**

Wie die Zeitungen berichten, fanden in Brüssel internationale Verhandlungen statt, an denen Mitglieder der deutschen, belgischen, französischen und tschechischen Porzellanindustrie teilnahmen. Es handelt sich um die Kontingentierung der Einfuhr und um die Festsetzung einer Preisbasis.

außerst gering. Die Folge davon war, daß Ziegelstein, die sonst den Prossenbetrieb im Oktober/November laufen ließen, bereits Ende Juli und Anfang August die Betriebe stilllegten.

Oft wird auch die Verwendung von Ersatzbaustoffen als Grund für das Niederdiehlen der Zieglerwerke angeführt. In dem Maße wie das behauptet wird, sinkt das nicht-Ersatzbaustoffe finden zur Hauptsache in der Verwendung für kleinere Privatbauten. In größeren Bauprojekten behauptet der gebrannte Ziegelstein immer noch sein altes Recht.

Die Verhältnisse in den Bezirken Lössau und Gelsenkirchen kennen ich zu wenig. Allgemein wird auch in diesen Bezirken die Bauwirtschaft aus denselben Gründen niederdiehlen.

Für uns Ziegler ist es ganz gewiß ein Vorteil, wenn von Jahr zu Jahr immer weniger Zieglerleien in Betrieb genommen werden. Die Zieglerkollegen, die durch die in Kurs gegangene oder stillgelegte Werke arbeitslos wurden, werden schwerlich wieder in Arbeit kommen. Ich will damit nicht sagen, daß die Regierung den Zieglerleienbesitzern in Form von Notverordnungen (Lohn und Sozialabbau u. a.) helfen soll. Pines kann aber die Regierung für uns alle tun, Bauzuschüsse geben und dafür Sorge tragen, daß Staat und Gemeinden wieder notwendige Wohnungs-, Siedlungs- und sonstige Bauten ausführen. Wird in diesem Sinne verfahren, dann wird auch der größte Teil der Zieglerleien wieder Arbeit haben.

Die großen Pensionen, die an abgetakelte Offiziere, Fürsten, Maitressen und noch so stigo desertierte Größen gezahlt werden, sind nicht zuletzt die Riesengehälter, die die abzähligen Direktoren und sonstigen Tantienerbehaber erhalten, könnten verwendet werden zur Belohnung der Bauwirtschaft und so ein viel Gutes stiften. Viele Tausende Ziegler würden dann wieder Arbeit und Brot erhalten.

Den Kollegen aber sage ich, laßt euch von den Keramischen Bund, Abteilung 1, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dann werden wir eine geschlossene Masse und brauchen bei der Regierung und den Unternehmern nicht bitten um unser Recht, sondern können es mit Recht verlangen. H. H.

**Baustoffindustrielles**

Infolge der Stilllegung des Baumarktes sind die Aussichten für die Ziegelindustrie besonders schlecht. Während sonst die Vorbereitungsarbeiten für die neue Kampagne begonnen worden wären, liegen zur Zeit alle Bauunterbetriebe still. In den durcharbeitenden Betrieben zeigen die Lagerbestände, daß keineswegs wertvolle Absätze erzielt worden sind. Aufträge für die kommende Bausaison sind knapp vorhanden. Es ist deshalb fraglich, ob die Werke, die im Herbst stillgelegt wurden, wieder im Frühjahr in Betrieb aufgenommen werden. Unter diesen Verhältnissen sind die Preise sehr schlecht, so daß in der Ziegelindustrie mit weiteren Verlusten gerechnet werden muß. (Kottbus.)

Der Rückgang der Nachfrage auf dem Zementmarkt hat sich weiter fortgesetzt und verschärft durch eine längere Frostperiode zu einem Tiefstand geführt, der kaum noch unterschritten werden kann. Der Februar-Gesamtverkauf liegt noch erheblich unter dem Vormonat. Auf dem Holland-Markt hat sich der gegen Ende des Jahres 1931 ausgebrochene Preiskampf weiter fortgesetzt. Ende in dieser scharfen Auseinandersetzung unter den Zementlieferanten des holländischen Marktes ist noch nicht abzusehen. (Berl. Münster i. W., Oppeln.)

Der Kalkmarkt ließ kaum eine Besserung erkennen. Trotz der auf Grund der Notverordnung durchgeführten Preissenkung war ein Belohnen des Absatzes nicht zu verspüren. Der Absatz an das Baugewerbe war an die Kalksandsteinfabriken ruhte nach vor fast völlig. Die chemische Industrie war in ihren Abrufen nicht einheitlich, hielt sich im wesentlichen den Bedarf der Vornorm aufrecht. Hingegen war bei der Eisen- und Stahlindustrie ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Die Hoffnungen auf das landwirtschaftliche Geschäft haben bis jetzt getäuscht. Auch das Ausfuhrgeschäft ging zurück, insbesondere wurde der Kalkverehr nach der Tschechoslowakei, Österreich und Holland hiervon betroffen. (Berl. Hirschberg.)

**UdSSR.**

Nachdem die Zementproduktion in den Jahren 1925 bis 1929 eine beachtliche Steigerung aufzuweisen hatte, ist sie in dem letzten Jahre hinter den Voranschlag zurückgeblieben. Wie sich die Zementproduktion in den letzten Jahren im Vergleich zum Vorkriegsstande entwickelt hatte, geht aus nachstehender Tabelle hervor:

1913	9	1929	14
1925	4,6	1930	20
1926	8,3	1931	21
1928	11	1932 Plan	29

Danach ist im Jahre 1931 eine fast 20-prozentige Steigerung der Zementherzeugung im Vergleich zur Vorkriegszeit erzielt worden.

**Polen**

Der Verband der polnischen Zementindustrie verteidigt sich in der polnischen Presse gegen heftige Angriffe auf die hohen Zementpreise mit der Veröffentlichung von Ziffern über den Zusammenbruch des unpolnischen Zementmarktes. Danach hat das Verkaufsbüro des polnischen Zementkartells in der Zeit vom 1. Januar bis zum 23. Februar aus Inlandverkäufen im Jahre 1930 2.930.000 Zl., im Jahre 1931 1.960.000 Zl. und im laufenden Jahre 1932 nur noch 314.000 Zl. erzielt, so daß innerhalb einer Zeit von zwei Jahren der Rückgang des Zementabsatzes um beinahe 90 Prozent vorliegt. Das Kartell erklärt sich zu einer Preisreduzierung für Zement aufzustehen.



**Lohnkosten in der Ziegelindustrie**

Des öfteren haben wir schon nachgewiesen, daß Unternehmerbehauptungen und anscheinend wissenschaftlich aufgemachte Beweisführungen ihrer Skribenten über den Lohnanteil an den Produktionskosten nicht richtig sind. Trotz alledem wird nach wie vor in Wort und Schrift der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Lohnkosten 70 Prozent und darüber der Herstellungskosten ausmachen. Eine Verbilligung der Preise daher auch nur durch Senkung der Löhne erreicht werden kann. Leider wird diese Behauptung auch von der Regierung übernommen, wie die 4. Notverordnung beweist.

Die „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 7 vom 20. Januar d. J. macht sich auch wieder diese Auffassung zu eigen. Sie stützt sich auf Ausführungen in der Zeitschrift „Die Gemeinde“, worin sich Ausführungen über das Problem des Straßenbaues befinden. Nach Angaben des Baurats Dr. Riepert sollen die Lohn- und Gehaltskosten rund 7/8 der Gesamtkosten betragen und es wird die Folgerung gezogen, daß die Ausführung dieser Arbeiten nur vorgenommen werden können, wenn die Lohnsätze der vorhandenen Kapitalknappheit angepaßt, d. h. noch bedeutend herabgesetzt werden. Man müßte anstandslos erwarten, daß die „Tonindustrie-Zeitung“ bei Zitierung der angeführten Ausführungen auch die weiteren in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ zu dem Problem Straßenbau, insbesondere die spezialisierten Angaben über den Lohnanteil ihren Lesern mitteilen würden. — Das ist aber von einem Unternehmer-Fachorgan etwas zu viel verlangt. Würde sie das machen, dann müßte sie wenn sie den Angaben über den Lohnanteil nicht Glauben schenkt, den Beweis ihrer gegenteiligen Ansicht antreten, und es bestände für sie die Gefahr, daß sie selbst beweisen müßte, daß es doch nicht seine Richtigkeit mit den behaupteten hohen Lohnkosten hat. Statt dessen bezieht sie sich auf die Ziegelindustrie und sagt, daß für die Herstellung der Ziegelsteine dieselben Verhältnisse zutreffen.

Bei Erwähnung des Anteils der Lohnkosten an den Produktionskosten arbeitet man unternehmerrseitig der Öffentlichkeit gegenüber mit einem bestimmten Trick. Man verfälscht den Begriff volkswirtschaftliche Lohnkosten in betriebs- bzw. privatwirtschaftliche Lohnkosten. Zu den Lohnkosten im einzelnen Betrieb errechnet man — wenn man diese Frage in der Öffentlichkeit erörtert — sämtliche Lohnkosten der Vorproduktionsstufen, wie etwaflame Löhne in Maschinen, Anlagen, Halbfabrikate usw. hinzu. Man kann diese Behauptungen zwar sofort damit abtun, daß man dem einzelnen Unternehmer die Frage stellt, ob er denn auch seinen Arbeitern, die in den Vorproduktionsstufen gezahlten Löhne mit anrechnet. Auch könnte man in Anwendung der Unternehmerbehauptungen verlangen, daß 70 Prozent des gesamten Wertes der im Betriebe erstellten Güter als Lohnsumme den Arbeitern ausbezahlt wird. Man rechnet aber eben mit dem bloßen Vertrauen, daß die Öffentlichkeit manchen so argwöhn-

ten und erfolgreichen Wirtschaftsführern“ bislang immer noch entgegenbringt. Die Unternehmerkreise handeln der Öffentlichkeit gegenüber nach der leider immer noch massenpsychologischen Einstellung, daß Reichtum und die Höhe einer wirtschaftlichen Position, Weisheit und Prestige verleiht.

Betriebswirtschaftlich kann man die Lohnkosten bei Errechnung der Höhe des Anteils an den Produktionskosten nur nach der Höhe im Betriebe berechnen. Bei ihren Kalkulationen macht es jeder Unternehmer auch so. Es fällt keinem Unternehmer ein, bei einer Kalkulation die Lohnkosten, die in den vorhandenen Anlagen, Maschinen usw. enthalten sind, bei Berechnung seiner Lohnkosten hinzuzurechnen — ganz abgesehen davon, daß das betriebswirtschaftlich gar nicht möglich ist. — Den Beweis dafür liefert auch wieder die „Tonindustrie-Zeitung“ bei Kalkulationen für die Ziegelherstellung.

In der „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 95 vom 26. November 1931 bringt der Ziegleringenieur Philipp mehrere Kalkulationsberechnungen. Als Grundlage ist genommen ein Sommerbetrieb mit 40 Arbeitern mit insgesamt 35.840 Arbeitsstunden. Ein Jahresbetrieb mit 14 Arbeitern und insgesamt 28.800 Arbeitsstunden. Beide Betriebe mit einer Produktionshöhe von 2,5 Millionen Steine. Außerdem noch ein Jahresbetrieb mit einer Erzeugung von 4 Millionen Steine. Die Gesamterstellungskosten belaufen sich in der Sommerziegelei auf 56.340 RM., davon 25.090 RM. Lohnkosten; im Jahresbetrieb mit 2,5 Millionen Erzeugung auf 46.250 RM., davon 20.160 RM. Lohnkosten, mit 4 Millionen Erzeugung auf 61.700 RM., davon 25.760 RM. Lohnkosten. Pro 1000 Steine betragen die Gesamterstellungskosten im Sommerbetrieb 22,54 RM., im Jahresbetrieb mit 2,5 Millionen Erzeugung 18,50 RM., bei 4 Millionen Steinen 15,40 RM. Der Lohnanteil pro 1000 Steine beträgt im Sommerbetrieb 10,04 RM., im Jahresbetrieb mit 2,5 Millionen Erzeugung 7,86 RM., bei 4 Millionen Erzeugung 6,44 RM.

Als Verkaufspreis sind 36,— RM. pro 1000 Steine angesetzt. Zu diesem belaufen sich die ohnehin in der Sommerziegelei auf 27,4 Prozent beim Jahresbetrieb mit 2,5 Millionen Erzeugung auf 22,4 Prozent und

**Zwiel Ziegeleien? Was nun?**

Zu dem Artikel mit obiger Überschrift in Nr. 7 des „Keramischen Bundes“ ging folgende Zuschrift ein: „Beim Lesen der Artikel könnte man fast zu der Auffassung kommen, daß es Leute gibt, die schuld sind an dem Vorhandensein von zwiel Ziegeleien. Nach meinem Dafürhalten ist es so, daß Wohnungs- und Häuserbau notwendig waren, und daß heute noch insbesondere Wohnungen zu annehmbaren Mieten dringend gebraucht werden. Wenn der Wohnungsbau nicht im bisherigen Umfang vor sich ginge, kann so liegt es daran, daß Reich, Länder und Gemeinden die Zuschüsse für die

bei 4 Millionen Erzeugung auf 17,6 Prozent. So sehen in Wirklichkeit die Berechnungen der Betriebsingenieure über die Höhe des Lohnanteils aus. Da es sich bei der „Tonindustrie-Zeitung“ um ein Unternehmerrfachblatt handelt, wird man wohl nicht zu behaupten wagen, daß die Berechnungen zu Gunsten der Lohnempfänger lauten.

Aus den Berechnungen des Ing. Philipps ergibt sich noch eine interessante Feststellung. In den angegebenen Gesamterstellungskosten sind enthalten die Ausgaben für Lohn, Kohle, Kraft- und Lichtstrom sowie Kapitalverzinsung und -amortisation für Gebäude, Maschinen und Anlagen. Bei einem Verkaufspreis von 36,— RM. pro 1000 Steine verbleiben dem Unternehmer mithin:

- a) Sommerziegelei 36—22,54 = 13,46 RM. = 37,1 Prozent des Verkaufspreises.
- b) Jahresbetrieb (2,5 Mill. Erz.) 36—18,50 = 17,50 RM. = 48,6 Prozent des Verkaufspreises.
- c) Jahresbetrieb (4 Mill. Erz.) 36—15,40 = 20,60 RM. = 57 Prozent des Verkaufspreises.

Summenmäßig ergibt das folgende Beträge:

- a) Sommerziegelei 2.500 x 13,46 RM. = 33.650 RM.
- b) Jahresbetrieb mit 2,5 Mill. Erz. 2.500 x 17,50 RM. = 43.750 RM.
- c) Jahresbetrieb mit 4 Mill. Erz. 4.000 x 20,60 RM. = 82.400 RM.

Diese Summen in Vergleich gesetzt zu der Gesamtlohnsumme in den einzelnen Werken müssen geradezu aufreizend wirken. Nach den Berechnungen werden beschäftigt in der Sommerziegelei 23 Arbeiter je 120 Tage, 14 Arbeiter je 80 Tage und 3 Brenner 200 Tage zu je 8 Stunden und 70 Pf. Stundenlohn. In dem Jahresbetrieb mit 2,5 Mill. Erzeugung werden beschäftigt 12 Arbeiter 250 Tage, 2 Arbeiter 300 Tage zu je 8 Stunden und 70 Pf. Stundenlohn; in dem Betrieb mit 4 Mill. Erzeugung 16 Arbeiter 250 Tage und 2 Brenner 300 Tage zu je 8 Stunden und 70 Pf. Stundenlohn. Die Gesamtlohnsummen für die einzelnen Betriebe haben wir oben angegeben. Wir überlassen es unseren Lesern, diese Summen in Vergleich zu setzen zu den Beträgen, die den Unternehmern zur Verfügung stehen. — Eine Position sonstiger Unkosten sind in der Berechnung nicht angegeben, können wir deshalb auch nicht mit in Rechnung stellen.

**Bauwirtschaft fast restlos gestrichen haben.**

Dadurch kam die Bauwirtschaft mit zum Erliegen. Diese gestrichenen Gelder müssen wieder in die Kasse eingesetzt werden, damit die Bauwirtschaft wieder in Gang gebracht werden kann und damit Arbeitslose Beschäftigung finden. In den Jahren 1921 bis 1928 waren bei uns in Württemberg und Baden die Ziegeleien fast voll beschäftigt, weil Staat und Gemeinden Wohnsiedlungen finanzierten und zum Teil auch selbst ausführten. In den letzten Jahren dagegen wurden Bauten fast nur noch von Privaten ausgeführt, und diese Zahl war

### Bad Salzungen

Am 14. Februar fand in Bad Salzungen die diesjährige Generalversammlung unserer Bezirkszahlstelle statt. Es waren 80 Delegierte aus allen Branchen des Verbandes erschienen. Besonders stark war die Delegation aus dem Kaltevier. Um 8.30 Uhr wurde die Konferenz durch den Kollegen Johannes Tüger eröffnet. Er begrüßte die Delegierten und überreichte an einige Verbandskollegen, die sich durch besonders fleißige Werbearbeit für den Verband ausgezeichnet hatten, als Anerkennung einige Bücher aus der Arbeiterbewegung. Sodann erhielt der Geschäftsführer der Zahlstelle, der Kollege Apel, zu seinem Geschäftsbericht das Wort. Aus dem Geschäftsbericht ist besonders hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl stabil geblieben ist. Dies ist besonders deshalb beachtlich, wenn man bedenkt, daß trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Mitglieder dem Verbande die Treue hielten. An Hand des Jahresberichts konnte nachgewiesen werden, daß der größte Teil der Beitragsgelder in Form von Unterstützungen an die Mitglieder wieder zufließt.

Aus der Aufstellung des Gaus Erfurt ergibt sich, daß über 85 Prozent der Beiträge in Form von Unterstützungen an die Mitglieder ausgezahlt wurden.

Der Hinweis des Kollegen Apel, daß auch alle Fabrikarbeiter sich in die „Eiserne Front“ einzureihen hätten, fand lebhaften Zustimmung.

Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Delegierten aus dem Kaligobiet machten darauf aufmerksam, daß der starke Mann vom Winterhall-Konzern, Herr Rosterg in Kassel, in einer der letzten Nummern des „Kalibergmanns“ geschrieben habe, „daß man der Sohlengle den Kopf zertreten müsse“, und er stellte die alten abgeleiteten Forderungen der Unternehmer auf: Beseitigung der Tarifverträge, Abbau der Löhne, Zerschlagung der Sozialversicherung. Mit diesem Rezept kann Herr Rosterg die Seele der Kalarbeiter nicht gewinnen. Das hat die Konferenz in Salzungen gezeigt. Die Walze ist schon zu abgeleiert, als daß sie bei den Kalarbeitern noch Eindruck machen könnte.

Alsdann erhielt der Kollege Hofer vom Vorstand aus Hannover das Wort zu einem Vortrag: „Die Kalarbeiter in der Wirtschaftskrise“. Die Ausführungen des Kollegen Hofer waren interessant, und reicher Beifall wurde ihm am Schluß seines Vortrages zuteil.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt, nachdem dem Geschäftsführer Entlastung erteilt war.

Die Stimmung in der Konferenz war sehr zuversichtlich, und wohl alle Kollegen sind mit dem Gefühl nach Hause gegangen, daß nicht nur die Organisation nach innen und außen unerschütterlich dasteht, sondern daß auch alle Kollegen dem Verband, komme was da kommen mag, die Treue halten werden. Al.

### Gera / Generalversammlung

Am 21. Februar traten die Delegierten unserer Bezirkszahlstelle Gera-Hermsdorf-Greiz im Hermsdorfer Gewerkschaftshaus zusammen. Nach begrüßenden Worten des Kollegen Gerhardt wurde in die Tagesordnung eingetreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Karl anwesend. Die Nachbarzahlstellen Kahla und Eisenberg hatten Gäste entsandt. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Er enthält alles Wissenswerte, was im Laufe des Jahres 1931 in der Zahlstelle an Lohnpolitik, Arbeits- und Sozialversicherungsstreitigkeiten geschah. Ebenso konnten die Delegierten in die finanzielle Seite der Zahlstelle unbegrenzten Einblick nehmen. Eins sei hervorgehoben: Ohne die gewerkschaftliche Organisation hätten die Unternehmer aller Branchen ihre Sehnsuchtswünsche erfüllt gesehen. Wenn das ihnen nicht alles geglückt ist, was sie haben wollten, so darf auch unsere Zahlstelle das Recht für sich in Anspruch nehmen das Menschenmögliche zur Verhinderung der Unternehmerabsichten beigetragen zu haben. Der Stahlhelm ist in einige Betriebe eingedrungen mit dem Erfolg, die Abwehrfront der Arbeiter geschwächt zu haben. Das machte sich sofort bemerkbar. In einem Betriebe wurden gleich 40 Pfg. Stundenlohn geboten und in einem anderem wurde der Höchstlohn auf 60 Pfg. angesetzt. Ferien und andere Rechte gehörten natürlich der Vergangenheit an. Doch schou macht sich die Tatsache bemerkbar, daß diese verirrtten Arbeiter ein Haar in der Stahlsuppe gefunden haben, und das bereits der Auszug aus dem Hungerlande der „Stah“ erfolgt. Mehr als 200 Einsprüche bei den Arbeitsämtern mußten erledigt werden. Fast die Hälfte der Mitglieder ist erwerbslos, ein großer Teil arbeitet verürzt und nur wenige sind es, die das Glück voller Beschäftigung genießen. Auch eine Anzahl Klagen vor den Arbeitsgerichtsbehörden waren zu erledigen gewesen. Das bedeutete wiederum einen größeren Arbeitsanfall der Geschäftsleitung. Allein in der Gruppe Porzellan wurden für die Mitglieder an Arbeitsgerichtsklagen ein Jahresbetrag von 2526,75 Mark erreicht. Dazu kommen noch 150 Einsprüche bei den Arbeitsämtern, die materiell einen fast ebenso hohen Wert darstellen. Die Kassenseite der Zahlstelle weist eine Hauptkasseneinnahme von 111.712 Mark, darunter 96.983 Mark Beiträge auf. 1400 Mitglieder erhielten Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützungen im Betrage von 41.132 Mark.

456 Mitglieder waren krank, die 14.060 Mark erhielten. An Familien hatte die Zahlstelle 55, die 16.427 Mark bekamen. An Sterbegeldern wurden 2207 Mark ausgezahlt und an anderen Unterstützungen 2900 Mark. Diesem ummon können sich sehen lassen. Die Lokalkasse balanciert bei einem Kassenbestand von 296 Mark mit 53.013 Mark, sie hatte für Notbegünstigungen ebenfalls hohe Aufwendungen machen müssen. Die Aussprache über den Geschäftsbericht bewegte sich leider mehr im politischen Fahr-

wasser, so daß die Tätigkeit der Verwaltung so gut wie gar keine Kritik erfuhr. Einige Kollegen der linken Fakultät glaubten die Gelegenheit der Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden Karl benutzen zu können, Walzen aufzulegen. Soweit Anregungen gegeben wurden, wird die Geschäftsleitung sie beachten. Um die Verwaltung aktionskräftiger zu machen, lag ein Ortsstatut vor, das nach der Mittagspause ohne Aussprache einstimmig angenommen wurde. Kollege Karl hielt alsdann einen aufschlußreichen Vortrag über „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Vor Wochen konnte die Zahlstelle — nachdem bereits vor Jahren eine große Anzahl Jubilare geehrt worden konnten — wiederum eine Jubilarefeier in Langenberg mit 68 Jubilaren, am 20. Februar in St. Gangloff eine Feier mit 5 und am Abend der Generalversammlung eine Feier in Hermsdorf mit 12 Jubilaren veranstalten. Das beweist, daß die Zahlstelle einen sehr großen Kreis alter treuer Mitglieder hat und ist ein Zeichen dafür, daß alle Hetze der Gewerkschaftsgegner, von der RGO. bis zu den Nazis, der Bezirkszahlstelle keinen Abbruch machen konnte. Mit einem Appell, dem Verbands auch für die Zukunft die Treue zu halten, in der Agitation nicht zu erlahmen und die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, wurde die gut verlaufene Generalversammlung nach achtstündiger Tagung geschlossen. M.

### Ohrdruf

Unser Kollege Hermann Hahn, Ohrdruf, konnte am 26. Februar 1932 in seltener körperlicher und geistiger Frische seinen 73. Geburtstag feiern. In der zufällig an diesem Tage stattfindenden Zahlstellenversammlung wurden dem Kollegen Hermann Hahn vom Kollegen Wilhelm Uwellus im Auftrage der Organisation die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Unser Kollege Hermann Hahn ist schon seit 1898 bei uns organisiert und seit dieser Zeit Unterkassierer der freien Gewerkschaft. Er ist einer unserer besten Unterkassierer und versorgt seinen Posten noch wie ein Junger.

Wir wünschen, daß er noch recht lange unter uns weilen möge und seinen Posten zum Ansporn für die jungen Kollegen, die sich aus dem Wirken des Kollegen Hermann Hahn eine Lehre ziehen mögen, ausüben kann.

### Steinach / Vertreterversammlung

Die Zahlstelle Steinach hielt am 31. Februar in Lauscha ihre Vertreterversammlung ab, wozu 34 Kollegen, einschließlich der Ortsverwaltung, erschienen waren.

Kollege Dornheim ehrte mit einer Ansprache drei Jubilare. Darauf hielt er einen Vortrag über „Die Weltwirtschaftslage und die Nazipolitik“. In eingehender, gründlicher, verständlicher Klarlegung schilderte der Referent die Wirtschaftslage.

Beim Geschäftsbericht verwies Kollege Wittig darauf, daß die in Südhüringen ansässige Hausindustrie durch die Weltkrise hart betroffen wurde. Kein Betrieb, kein Beruf ist im Bezirk verschont geblieben. Betriebsstilllegungen, Stilllegungsanträge, Kurzarbeit in allen Betrieben. Die Christbaumschmuckindustrie ist ein besonderes Schmerzenskind. Die Ausfuhr ist um 50 Prozent zurückgegangen. Die Ampullenindustrie wies auch vielfach Kurzarbeit auf. Die Not im Bezirk ist groß. Eine Fülle von Arbeit muß mit den Arbeitsämtern erledigt werden. Versammlungen, Sitzungen, Tarif- und Fachausschußverhandlungen, Arbeitsgerichts- und Spruchauschussverhandlungen mußten abgehalten bzw. gepflogen werden.

Die Mitgliederzahl beträgt 1419. Die Kasse schließt ab mit 59.574,86 RM. Die Arbeitslosigkeit beträgt insgesamt 42,6 Prozent, die Kurzarbeit 23,7 Prozent.

An der Diskussion beteiligten sich Huttschenreuther, Böhm, Lauer, Walder, Kierel, Franke, Wittig. Besonders wurde über die Nazipolitik im Bezirk gesprochen. Die Arbeitslosen und Arbeiterfrauen werden beschimpft und geschlagen. Interessante Feststellungen wurden gemacht. Während die Unternehmer die Löhne kürzen, ja, sogar Löhne nicht oder nur zum Teil auszahlen, haben diese Leute Geld für die Nazibewegung.

Die Entlastung des Geschäftsführers erfolgte einstimmig. Die Ortsverwaltung wurde gegen eine Stimme wiedergewählt.

Würden alle Arbeiter mithelfen und die Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft mit erfüllen, wie es die Funktionäre unter Aufopferung ihrer ganzen Kraft, unter Opfern für sich und ihre Familie tun, wäre es viel leichter, bessere Bedingungen zu erkämpfen.

Gegen 8 Uhr konnte die Versammlung geschlossen werden.

### Stuttgart / Jahresgeneralversammlung

Unsere Zahlstelle Stuttgart hielt am 21. Februar 1932 im Metallarbeiterheim ihre Generalversammlung ab. Der Besuch kann als ein sehr guter bezeichnet werden. Der Geschäftsführer, Kollege Berner, erstattete einen umfassenden und interessanten Geschäftsbericht. Er führte u. a. aus:

Das Jahr 1931 brachte für die Arbeiterschaft wenig sichtbare Erfolge. Es ist geradezu eine Leichtfertigkeit, wenn es heute noch Kollegen gibt, welche die Schuld an unseren trostlosen Verhältnissen der Organisation in die Schuhe schieben wollen. Es muß als Unglück bezeichnet werden, daß viele Arbeiter an der Kraft der Gewerkschaften verzweifeln wollen. Trotzdem der Nachweis seit Jahrzehnten, insbesondere aber, in der allerletzten Zeit erbracht worden ist, daß das Bollwerk der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, unerschütterlich dastehen. Wir müssen versuchen, durch aktives Eingreifen eine Besserung herbeizuführen. Wenn auch die Notverord-

nungspolitik und die sonstigen Maßnahmen der heutigen Regierung, die zum Teil durch die Verhältnisse diktiert sind, kritisiert werden, so haben dazu nur diejenigen Arbeiter ein Recht, die sich wirtschaftlich und politisch in der Abwehrfront der Arbeiterschaft befinden. Man sollte meinen, daß die heute herrschenden Zustände auch den letzten Proletarier zu der Erkenntnis bringen, daß es heute gilt, den Schnöllnetzen zu verlassen, um mit der organisierten und kämpfenden Arbeiterschaft diese Zustände zu beseitigen. Der Beschäftigungsgrad unserer Kollegen ist so, daß nur ein kleiner Teil in Vollarbeit steht. Für uns als Organisation ist die Arbeit in dem Maße gestiegen, wie sich die Verhältnisse verschlechtert haben. Eine Unmenge Versammlungen und Verhandlungen usw. mußte abgehalten und gepflogen werden, um die Interessen unserer Mitglieder wahrzunehmen oder sie zu verteidigen. In 46 Arbeitsgerichtsverhandlungen wurde ein Geldbetrag von 5713 Mark für unsere Kollegen erstritten. Wir müssen aber auch die heutige Rechtsprechung der Arbeitsgerichte manchenmal einer Kritik unterziehen, weil allzu oft der Ansehn erweckt wird, daß dort nicht immer Recht, sondern oftmals mehr „rechts“ gesprochen wird. Auch die Begründungen des Reichsarbeitsgerichts lassen oftmals das nötige Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft vermissen. Die Versammlung lobte den Redner durch starken Beifall.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen Hall war zu entnehmen, daß sich die Kassenverhältnisse in geordnetem Zustande befinden, der Mitgliederstand konnte ebenfalls gehalten werden. Die Diskussion war recht ausgiebig, aber sachlich und durchaus kollegial. Ein Redner glaubte, die RGO. lobpreisen zu müssen und eine Bandwurmschließung einzubringen, was aber durch die Generalversammlung mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde. Im Schlußwort mußte sich der Kollege sagen lassen, daß mit Entschließungen und Phrasen der Arbeiterschaft nicht gedient sei, weil es daran in den letzten Jahren sicher nicht gefehlt hat. Vielmehr ist notwendig, durch tatkräftige Mitarbeit und eisernen Willen, der Arbeiterschaft wirklich zu dienen.

Die Wahlen zur Ortsverwaltung brachten keine Änderung; bei einer Stimmenthaltung wurde die seitherige Ortsverwaltung mit Ausnahme eines Kollegen wiedergewählt. Ebenso wurde der Vorschlag der Ortsverwaltung für den Gauvorstand gegen wenige Stimmen gutgeheißen. Verschiedene Anträge und auch sonstige Anregungen wurden in kurzer Zeit erledigt.

Kollege Berner konnte nach einem kurzen Schlußwort die sachliche Versammlung schließen. W. F.

### Weißwasser / Jahresversammlung

Unter Beteiligung von 88 Delegierten und der Angestellten fand am 21. Februar im „Volkshaus“ die Jahreshauptversammlung unserer Zahlstelle statt. Kollege Lange, der sie leitete, ergänzte den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der hier vorhandenen Branchen.

Am Jahreschluß 1931 waren 2641 Arbeitslose vorhanden, gegen 2106 Ende 1930. Außerdem arbeiteten im Dezember zirka 3000 Mitglieder verkürzt. Unter diesen Verhältnissen mußte im Jahre 1931 der Kampf geführt werden gegen noch stärkere Verkürzung der Löhne. Nur den Gewerkschaften ist es zu verdanken, wenn die Arbeitgeber nur zu einem geringen Teil ihr Ziel erreichten. Erst die Notverordnung vom Dezember brachte einen starken zwangsläufigen Eingriff in die Lohngestaltung, dem allerdings der Preisabbau folgen sollte. Nach dem, was bisher geschehen ist, darf wohl mit Berechtigung gesagt werden: Die Botschaft hören wir wohl, jedoch uns fehlt der Glaube.

Auf tariflichem Gebiet wurden für alle Branchen mit Ausnahme der Ziegelindustrie wieder Tarife abgeschlossen. Die Entwicklung der Verhältnisse in der Ziegelindustrie, wo bereits im verflorbenen Jahre Löhne gezahlt wurden, die zum Teil unter den heutigen liegen, beweist am besten die Notwendigkeit der Tarife. Hier zeigte sich recht erkennbar, daß ein ungünstiger Tarif noch viel besser sein kann, wie gar keiner.

Durch das Darniederliegen der Industrie, das einen erheblichen Abzug der auswärts wohnenden Arbeiter mit sich brachte, konnte die Mitgliederzahl, wie auch sonst in Krisenzeiten, nicht gehalten werden. Sie betrug am Jahreschluß 1931 insgesamt 7855.

Die finanzielle Lage der Bezirkszahlstelle ist trotz der schlechten Wirtschaftslage eine verhältnismäßig gute. Das beweist der vom Koll. Piebig gegebene Kassenbericht. Die Jahresrechnung schließt ab für die Hauptkasse mit 299.177,73 RM. Davon wurden 167.767,85 RM an die Mitglieder für Unterstützungen gezahlt.

Die zur Aussprache gestellten Berichte ergaben eine sachliche, vom Ernst der Zeit getragene Diskussion, an der sich eine größere Anzahl Kollegen beteiligte. Lebhaft kritisiert wurde, daß durch die Frauennarbeit in den Schleifereien die Männerarbeit vollkommen verdrängt werde; die Bundesleitung soll er sucht werden dagegen einzuschreiten.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl aller bisher tätigen Kollegen.

Im Schlußwort dankte Kollege Lange allen Funktionären und betonte, daß uns unsere Gewerkschaftsarbeit heilig sein muß.

Instinktiv fühlen jetzt große Teile der Arbeitermassen, daß es doch noch etwas zu verteidigen gibt. Die „Eiserne Front“ ist gebildet und alle zur Abwehr bereiten Gewerkschaftler werden zu Hammerschäften zusammengefaßt. Die Arbeiterschaft will mit allen Mitteln ihre politischen Freiheiten verteidigen. Der Schwung der Begeisterung im Kampfe gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß auch die indifferenten erfassen. Gelingt es uns die politische Reaktion niederzuschlagen, dann

haben wir damit auch unserer gewerkschaftlichen Organisation den besten Dienst erwiesen. Dann werden wir aus der Verteidigung wieder zum Angriff übergehen können.

Für uns alle gibt es daher für das Jahr 1932 nur eine Losung: Kampf.

### Torgau / Generalversammlung

Am 18. Februar fand die gut besuchte Jahreshauptversammlung der Zahlstelle Torgau statt. Kollege Eich ging in seinem Geschäftsbericht auf die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen ein, er zeichnete aber auch in kurzen Strichen das Programm und die Vorschläge der freien Gewerkschaften, die zur Belebung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit gemacht worden sind. Die Gewerkschaften werden ihre ganze Kraft einsetzen müssen, die Regierung zu veranlassen, ihren bisherigen Worten endlich auch einmal Taten zur Behebung der Arbeitslosigkeit folgen zu lassen.

Die Beschäftigungslage der einzelnen Industrien war in unserem Zahlstellenbereich nicht gut zu nennen. Die Tafelglashütte in Torgau und das Hartsteinwerk in Falkenberg wurden vollständig stillgelegt. In der Steingutindustrie arbeitet nur Torgau mit voller Belegschaft. Es waren 38,5 Prozent unserer Zahlstellenmitglieder arbeitslos. Die Agitation war besonders erschwert durch die skrupellose Hetze der RGO., die durch die politische Zerklüftung der Arbeiterbewegung in unserem Bezirk besonderen Nährboden hat. Trotzdem konnten 55 Neuaufnahmen gemacht werden, so daß der Verlust von 61 Mitgliedern wieder wettgemacht werden konnte und die Zahlstelle organisatorisch ungeschwächt aus dem Krisenjahr hervorgegangen ist.

Die einstimmige Wiederwahl der alten Verwaltung bewies, daß die Mitglieder mit der geleisteten Arbeit einverstanden waren.

Zum Schluß behandelte Kollege Eich den Sinn und Zweck der Eisernen Front. Es gilt jetzt, den Faschismus vernichtend zu schlagen, um dann mit ungebrochener Kraft an die Wiedereroberung der verlorenen Positionen heranzugehen. Der Aufbau des sozialistischen Staates sei nur möglich auf dem Boden der demokratischen Verfassung; diese gilt es, zu verteidigen. E. Eich.

### Hamburg

(Schluß.)

Die Einnahme für die Hauptkasse verzeichnet eine Mindereinnahme gegenüber 1930 von 159.272,15 RM, die der Lokalkasse von 36.605,24 RM. Trotz der Mindereinnahme und der erhöhten Ausgaben für die Hauptkasse konnte dieser noch laufend ein Betrag von der Einnahme überwiesen werden.

Nach einer in der Zeit vom 1. Dezember bis 12. Dezember vorgenommenen Zählung durch unsere Einkassierer waren 2175 männliche und 685 weibliche Mitglieder arbeitslos. Darunter sind Kollegen, die schon mehr als zwei Jahre arbeitslos waren. Dieser Zustand zeigt uns, daß die Forderung der Gewerkschaften auf Arbeitsbeschaffung und auf Verkürzung der Arbeitszeit dringender als je ist.

Die Ortsverwaltung hat in Anbetracht der drückenden Notlage der ausgesteuerten Mitglieder wiederholt eine Sonderunterstützung gewährt. Insgesamt sind an ausgesteuerte und in Not geratene Mitglieder 22.279,50 RM ausgezahlt worden.

In dem Krisenjahr 1931 hat die Arbeiterschaft manches von ihren Errungenschaften eingebüßt. Sie hat zweifellos noch vieles zu verlieren. Soll das nicht geschehen, dann aufgewacht und die Reihen wieder geschlossen. Fort mit den Spaltpilzen aus den Betrieben. Es kommt darauf an, gerüstet zu sein, um an dem Wendepunkt einer besseren Zeit wirksamer als bisher den Lauf unseres Geschickes beeinflussen zu können.

Der freigewerkschaftliche Kampf allein bietet die Grundlage des Wiederaufstiegs der deutschen Arbeiterklasse. V.

### Gau 16

An alle Zahlstellen, die mit uns im schriftlichen Verkehr stehen.

Unser Büro, das sich seit 1919 in der Bürgerstraße 19 befand, wird

ab 1. März 1932 nach Wallstraße 10 (Volkshaus), II. Etage, Zimmer Nr. 23 und 29, verlegt.

Unsere Telephon-Nummer 12611 bleibt bestehen.

Bernh. Heering, Emil Hoffmann.

### Groß-Räschen

Die Auszahlung von Unterstützungen erfolgt nun jeden Freitag, von 17—19 Uhr, beim Kassierer, Kollegen Miellich, Dobristroher Straße. An anderen Tagen werden Auszahlungen nicht mehr vorgenommen und es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, diese Mitteilung zu beachten. L. A.: Wilhelm Brauer.

### Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 11, Ziffer 2a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts das ehemalige Mitglied der Zahlstelle Heilbronn/Neckar, Paul Spring, Buch-Nr. 923 461.

### Arbeitsmarkt

Maschinenglasmacher (Presser), gut eingearbeitet auf Schiller-, Kutscher- und Ueberseztmasch., sucht Arbeit im In- und Ausland. Anfragen resp. Angebote sind zu richten an die Bezirkszahlstelle Kätzhütte, Verb. der Fabrikarbeiter, Abt. Keramischer Bund.

Perfekter Formgießer und Modell-einrichter, 37 Jahre alt, verh., sucht, gestützt auf langjährige beste Zeugnisse, baldige Stellung. Geil. Zuschriften erbittet Rudolf Lorenz, Freiwaldau, Kreis Sagan, Görtitzer Straße 1a.

# UNTERHALTUNG & WISSEN

## Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bobber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(4. Fortsetzung)

„Dann hören Sie bitte schleunigst mit derartigen Höflichkeiten auf. Ich bin dem Schicksal dankbar, daß es Sie mir gesandt hat — es gibt so wenig Menschen, mit denen man richtig sprechen kann. Und nun wir bis vier Uhr Zeit haben, sind wir Gott sei Dank nicht auf jede Abfütterungsanstalt an der Ecke angewiesen. Wohin sollen wir unsere Schritte lenken?“

„Muß ich jetzt sagen irgendwohin — oder darf ich wirklich wählen?“

„Bitte, tun Sie das letztere. Wenn Sie irgendwohin gehen, werden Sie mich zu Tode betrüben.“

„Also: lassen Sie uns zum Spanischen Restaurant in Soho gehen, zu Omelettes und einem Glase Sherry.“

Ihre Wahl überraschte Daere, der heimlich schon vor einer Teestube in Violet und Grau gebangt hatte.

„Famos! Und Neuland für mich ... Woher kennen Sie das Lokal?“

„Bisweilen führt mich mein Weg nach London“, erwiderte Joan sehr ehrbar. „Auch die Provinzier reisen gelegentlich.“

„Recht so!“ Ihr Begleiter lachte. „Stauchten Sie ihn, wenn er zu üppig wird ... Die Londoner vergessen zumeist, daß sich die Radnabe am schwerfälligsten bewegt — mit anderen Worten, daß sie von ihrer eigenen Stadt am wenigsten wissen. Oje! Da kommt Parma — flüchten wir, ehe sie uns angeht!“

Im Spanischen Restaurant fühlte sich Joan Craig sehr heimisch. Der alte Rodrigo kannte sie, und Daere überließ ihr mit Vergnügen die Zusammenstellung des Menüs. Er war immer dankbar, wenn man ihn von den kleinen Entscheidungen des Lebens entband; obendrein übernahm das junge Mädchen die Leitung, ohne viel Wesens davon zu machen. Den Typ der Frau, die — wemgleich offensichtlich befähigt, ein ganzes Armeekorps zu kommandieren — es für nötig erachtet, scheu zu tun oder sie vorlesung über Frauenrecht hält, wobei sie darauf beharrt, ihren Teil der Rechnung zu tragen, kannte er zum Überdruß.

„Tortillas!“ sagte Joan, die noch die Speisekarte in der Hand hielt. „Weshalb wenden wir nicht dieses Wort an anstatt des französischen Omelette? Haben Sie schon mal eine richtige spanische Tortilla gegessen?“

„Noch nie. Wenn ich überhaupt auswärts essen muß, renne ich in das nächstgelegene Restaurant, ohne mich mit Entdeckungsfahrten abzugeben. Im allgemeinen schmeckt mir Brot und Käse zu Hause besser als jede Gasthausküche.“

Joan überlegte im stillen, ob er vielleicht hart mit dem Leben zu kämpfen habe. Sein Anzug war viel geiragen, stammte indes augenscheinlich von einem guten Schneider. Das Hemd aus Crepe de Chine und neu — nein, ein Mann, der solche Hemden kauft, konnte nicht arm sein.

Es wurde ein fröhliches kleines Mahl. Joans Tagewerk in grauen, trostlosen Industriestädten Fabrikarbeiterinnen zu organisieren, war derart aufreibend, daß sie ein Besuch in London wie ein Fest amütierte. Außerdem hatte sie noch nie einen Mann kennengelernt, mit dem sich so angenehm über alles — Theater, Literatur, Politik — diskutieren ließ wie mit diesem Freunde William Roys.

Als der Kellner den Kaffee serviert hatte, zündete sich Daere eine Zigarette an und bat: „Nun erzählen Sie mir etwas von sich selbst.“

„Da ist blitzwenig zu erzählen — der allergeringste, ergebnislose Lebenslauf. Ich wurde in einer elenden Mietskaserne unweit der Fabrik geboren, in der meine Mutter bis zur letzten Minute ihren Webstuhl bediente, kam nach beendeter Schulpflicht als Lehrmädchen zu einer Schneiderin — sechs böse Monate! — und später in ein Geschäft, wo es erträglicher zugeht. Von dort jagte man mich aber fort, weil ich unter den jungen Mädchen Propaganda für eine Gewerkschaft betrieb. Mittlerweile brach der Krieg aus, und ich arbeitete in einer Munitionsfabrik, führte einen Streik, wurde verhaftet und sollte zu Gefängnis verurteilt werden, als es sich herausstellte, daß ich noch minderjährig war. Nach meiner Freilassung bot mir Royd, der in unserem Streik vermittelt hatte, eine Stellung in der Frauenorganisation an. Und seitdem bin ich in der Industriearbeitergewerkschaft tätig.“

„Und das nennen Sie ein ereignisloses Leben? ... Mein Gott, Sie sind jedenfalls nicht damit besessen!“

„Berichten Sie, und lassen Sie mich urteilen. Das ist nicht mehr denn recht und billig.“ Joan schenkte sich eine zweite Tasse Kaffee ein.

„Daere! Wo hatte sie den Namen doch nur schon gehört? ... Ah, heute in der Frühe, bei Mary Maud.“

„Ist Helen Daere eine Verwandte von ihnen?“

„Sie kennen Helen?“ stieß er überrascht hervor. „Es ist meine Frau. Wo lernten Sie sie kennen?“ forschte er weiter, während er dem Kellner die Rechnung beglich.

„Ich kenne sie nicht persönlich. Meine Freunde, Miss Meadows, bei der ich wohne, sagt mir, daß ich in London bin, erzähle mir von der „Aufhebung“ und fürchte, daß ein Streik die Aufhebung beeinträchtigen würde.“

„Hm ... daran hatte ich noch gar nicht gedacht.“

„Ihre Gattin wird sich natürlich auch Sorgen machen.“

„Ich glaube, meiner Frau ist überhaupt die Vorstellung fremd, daß irgend etwas einen von ihr gefassten Plan durchkreuzen könnte. Uebrigens hat diese ganze Krise uns Londoner förmlich überstampelt, während Sie das langsame Zusammenbrechen des Unwetters beobachteten. Wir

sind an fettdruckte Sensationüberschriften in unseren Zeitungen so gewöhnt, daß es kaum noch Eindruck macht ... Also Sie kennen Mary Maud! Prachtvolle Frau, nicht wahr?“

„Gleich ihr Ihre Gattin?“

„Helen und Mary Maud! Zwei größere Gegensätze kann man nicht finden. Doch Sie werden sich wohl bald ein eigenes Urteil bilden können.“

Als die Taxi sie am Strand entlang zur Gedächtnishalle zurückführte, saß Joan still und nachdenklich in ihrer Ecke, und Daere störte sie nicht. Er hob ihre Einsilbigkeit auf die plötzliche Rückkehr zu den grimmigen Realitäten, die ihrer nach dem heiteren Lunch inmitten der farbenfrohen Fliesen Spaniens barrierten.

### IV.

Bis draußen auf die Freitreppe war der Strom der Delegierten herausgequollen. Rauchend und plaudernd standen sie in Gruppen umher, begafft von der neugierigen Menge, die die Polizei immer wieder in gezieltem Entfernung zurückschob. Von Royd nirgends eine Spur!

Indes hörte Joan durch ein Mitglied ihrer Exekutive, daß die Unterhändler um drei Uhr zurückgekommen seien, ohne anderes berichten zu können, als daß die Regierung eine sehr starre Haltung einnehme. Trotzdem hätten sie noch nicht alle Hoffnung auf Verständigung begraben und, verstärkt durch drei weitere Sachverständige, unter denen sich auch Royd befand, die neuerlichen Verhandlungen bereits wieder aufgenommen.

## Märzgedanken zu 1932 / Von Henning Duderstadt

Wenn in diesem Märzmonat 1932 der Kampf aller freiheitlich gesinnten Deutschen gegen die drohende Tyrannei des Faschismus auf dem Höhepunkt steht, so wirkt wie ein Symbol der Gedanke, daß der Monat des beginnenden Frühlings, des Erwachens und der Auferstehung in der Natur seit Menschengedenken in der Geschichte der deutschen Freiheitsbewegung eine besondere Rolle gespielt hat.

Für den politisch und gewerkschaftlich geschulten Menschen ist die Geschichte weder eine Aufzählung von Schlachten und monarchischen Regierungsdaten noch auch gleichgültig leere Vergangenheit, die für die Kämpfe der Gegenwart unentbehrlich wäre. Geschichte dient uns, die wir nicht wie die Anhänger des Braunen Hauses Hohlheit und Unbildung anbeten, zum Gegenstand des Lernens. Schauen wir zurück!

März 1848! Erstes Aufkommen deutscher Freiheitswillens nach Jahrzehnten finsterster Reaktion, die errichtet war auf den gebrochenen Eiden deutscher Könige und Fürsten! Ein weithin leuchtendes Fanal war entzündet, das freilich bald in tiefe Dunkelheit erlosch, weil die berufenen Fackelträger das Feuer nicht zu hüten gewußt hatten.

Am 18. März 1848 hatte die Revolution in Berlin gesiegt. Den Erfolg der Barrikadenkämpfer, die sich zusammensetzten aus Bürgerlichen und Proletariern, bewiesen den Abzug des königlichen Militärs, der Aufruf Friedrich Wilhelms des Vierten „An Meine lieben Berliner“, das „Hut ab!“ des Monarchen vor den Bahnen der gefallenen Revolutionäre und sein Umritt durch die Stadt mit schwarzrotgoldener Schärpe. In Bayern war der König zur Abdankung gezwungen, in Wien war der staatsmännische Führer der Reaktion, Staatskanzler Fürst Metternich, bei Nacht und Nebel durch einen Hinterausgang der Burg von dannen geschlichen, überall, in Dresden und Leipzig, in Stuttgart und Karlsruhe, in Köln und Düsseldorf, ward es lebendig, und die Zeit schien vorbei, da Heinrich Heine seinen Tannhäuser sagen lassen konnte:

„Und als ich auf dem St. Gotthard stand,  
Da hörte ich Deutschland schnarchen;  
Es schlief da unten in sanfter Hut  
Von sechsunddreißig Monarchen.“

In den Kreisen der radikalen Demokraten aber erhob sich der Ruf, daß allein die Republik die Freiheit sei, und daß die Fürstenhüte auf den Müllhaufen der Weltgeschichte geworfen werden müßten.

Am 17. September 1848, noch nicht ein halbes Jahr nach dem Siege des März, rückten in Berlin die königlichen Truppen im Triumphzug ein, und General Wrangel konnte erklären: „Die Truppen sind gut, die Seele der Revolution geschliffen, die Kugeln im aufflühenden Feindlichen Wien ward in Mord und Blut durch die Soldateska des Fürsten Windischgrätz niedergeworfen. Im Januar 1849, bezeichnete der Einmarsch der Truppen des Prinzen von Preußen in Dresden mit allen seinen Folgen den Höhepunkt der blutigen Reaktion. Die deutsche Revolution endete auf dem Sandhaufen, in den Kavassatten der Festungen und in den Dachkammern des Exils.“

Als das Volk aufgestanden war, hatte das liberale Bürgertum ihm zugejubelt. Als aber das Volk für seinen opferreichen Einsatz den Dank der Gleichberechtigung verlangte, zitterte das gleiche Bürgertum und schloß seinen Frieden mit den alten Gewalten.

Damals, 1848, war das Proletariat noch keine Macht. Aber die Lehre der Märzrevolution weist uns darauf hin, daß, wie Marx es ausspricht, die Befreiung der Arbeiterklasse selbst sein kann. Das heißt, in der Verhältnisse von heute übertragen: Der Kampf gegen den Faschismus ist die Bewahrung der Arbeiterklasse vor

Dringen in der großen Halle stimmte man das Lied „Das rote Banner“ an, und jeder dieser Männer, der von der Drehbank, vom Webstuhl, von der Grube herbeordert worden waren, schien vor Aufregung zu bebren. In ihren Seelen hatte es schon lange rebelliert und gegürt — nun endlich bot sich die Gelegenheit, in offener Schlacht und mit würdiger Geste die erlittenen Schläge heimzuzahlen.

Jetzt kam auch Daere aus dem Pressezimmer zurück.

„Offenbar ist für die nächsten Stunden nichts zu erwarten“, meinte er; „schade zwar, daß wir Royd um drei Uhr verfehlten, doch auch von ihm würden wir kaum etwas Positives, Endgültiges erfahren haben. Die allgemeine Ansicht der Presse geht dahin, daß die Regierung den Kampf will und folglich heute abend der Generalstreik erklärt werden wird. Deshalb möchte ich gern nach Haus, um meine Frau zu informieren.“

„Lassen Sie sich durch mich nicht aufhalten, Mr. Daere. Ich habe ohnehin Ihre Zeit ungebührlich in Anspruch genommen.“

„Nicht so! Sie und ich wollen gute Kameraden sein; ich bin es wenigstens, sofern Sie mir das Recht zugestehen, Miß Craig. Und da man in Kriegszeiten den Formalitäten ein Schnippen schlagen darf, wollte ich Sie bitten mitzukommen, meine Frau kennenzulernen und ihr die ganze Streikfrage auseinandersetzen, wozu Sie sich viel besser eignen als ich.“

„Sie und ich wollen gute Kameraden sein.“ Eine warme Woge flutete über Joan hinweg.

Schmach und Entrechtung ruht auf den Schultern der Eisernen Front und vor allem auch der freien Gewerkschaften.

Die Toten von Berlin, Wien und Rastadt, die Opfer von 1848 und 1849, sollen aus Gräbern heraus mahnen. Ihre Sprache ist deutlicher als bürgerliche Gleichgültigkeit und kommunistische Phrasendrescherei.

An einem Märztag — es ist der siebenzehnte, und wir schreiben das Jahr 1920 — sitzt ein gebrochener Mann in der Reichskanzlei in Berlin. Er hält das ab, was er einen Kabinettsrat nennt, und er heißt Wolfgang Kapp.

Die Weltgeschichte hat in 72 Jahren das Gesicht Deutschlands gewandelt. Ein Volk, dessen Weg seit mehr denn einem Jahrzehnt unendlich schwer und belastet war, hat in äußerem Glanz und innerer Not die Reaktion der Schwarzenberg und Mantuffel, die „Blut und Eisen“-Politik Bismarcks mit der Schmach des Sozialistengesetzes, den gleißnerischen Betrug des Größenwahnsinnigen Wilhelmismus, den furchtbaren Opfergang des Weltkrieges und die Wehen der Neugestaltung von 1918/19 durchlebt. Es hatte sich nach dem beispiellosen Zusammenbruch des Kaisertums zur demokratischen Republik bekannt und sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Da versuchten die Katastrophopolitiker der Vergangenheit, die Anknüpfungen der Vaterlandspartei, die Machthaber von einst, das Volk wiederum zu entrechten und im Bunde mit Junkern und Offizieren die alte Gewalt der Kaste wieder aufzurichten.

Die organisierte deutsche Arbeiterschaft war es, die dem Gewaltstreich der Reaktion ihr donnerdes Halt entgegensetzte, und die Freien Gewerkschaften übernahmen die Führung der Schaffenden gegen den Anschlag der Nichtsnutzigen. Karl Legien — wahrlich mehr berufen, Führer zu heißen, als der aufgepumpte Regierungsrat Adolf Hitler im Braunen Haus von München — antwortete auf einen Anbiederungsversuch des „Reichskanzlers“ Kapp mit den kurzen, aber treffenden und schneidenden Worten: „Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann nur mit einer auf Grund der Verfassung durch das deutsche Volk eingesetzten Regierung verhandeln.“ Arbeiter, Angestellte und Beamte verkündigten den Generalstreik, und man weiß wohl, den Satz des Rechenschaftsberichtes zu würdigen, der am 27. März 1920 im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien. Es heißt darin: „So hing alles völlig vom Gelingen des Kampfes der ruhenden Hände, des Generalstreiks, ab.“ In der Tat: Die Zukunft des deutschen Volkes und Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung stand auf dem Spiele. Die deutsche Arbeiterschaft siegte!

Heiser, mit fliegenden Augen, krächzte am 17. März 1920 Wolfgang Kapp das Bekenntnis, daß die „Regierung der Freiheit, der Ordnung und der Tat“, wie sie vermessend sich nannte, zurücktreten müsse und daß — er sagt es nicht, aber jeder Denkende auch unter den Futschisten fühlt es mit lährender Schwerkraft und furchtbarem Wucht — die deutsche Arbeiterschaft über die Reaktion den Sieg gewonnen hat.

Es war ein Märztag des Jahres 1925, daß der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, am 11. März, in der letzten Ruhe geliebt wurde.

Ein Staatsmann und Volksmann, der in einer Zeit härtester Not unter schwerster Verantwortung für Deutschland arbeitete, war dahingegangen, und ein proletarischer Dichter, Franz Rothenfelder, schrieb:

Was kümmerte es sie, ob Tony eine oder hundert Frauen hätte? Guto Kameraden! Und dieses Brand würde ich zerreißen, wenn Royd sie wieder in ihr Alltagsleben zurückführte...

Sie murmelte etwas, das er nicht verstand, auf das er auch nicht mehr achtete; denn er hatte schon eine Taxi angehalten und nannte dem Chauffeur die Adresse.

„Russel Square? Dabin ist's doch nur ein Katzenprung!“ lachte Joan, für die eine gelegentliche Autofahrt eine wilde Extravaganz bedeutete. „Pflügen Sie stets von einer Droschke in die andere zu hüpfen?“

„Sehr häufig, ich gestehe es. Habe ich nämlich einmal entschlossen, irgendwohin zu gehen, so will ich auch so schnell wie möglich mein Ziel erreichen.“

Das Parterre des Hauses, vor dem das Auto kurz darauf hielt, nahmen Büros ein; die Dacre bewohnten nur die erste und zweite Etage.

Während Anthony ging, seine Frau zu holen, hatte Joan Maud, sich in dem Wohnzimmer zusehen. Eine Studie in Silber und Rot. Warum gab diese Künstlerin, die in Mary Maud Räume diese weiche Behaglichkeit schuf, ihren eigenen diesen Charakter von Steifheit und Strenge?

Wände und Decke zeigten einen stumpfen Silberton; das Holzwerk, ohne eine fließende Linie, ohne eine Kurve, prahlte in leuchtendem Rot. Die Stühlen waren aus Ebenholz und bergtrau gepolstert, und der Tisch hatte eine berghämmerte Platte. Mattes, weißes Glas in geometrischen schwarzen und roten Zeichnungen bildeten kuriose Lampenschirme. Als einzige Gemälde eine Landschaft unter goldenem Himmel, gewollt primitiv gemalt.

(Fortsetzung folgt)

Laßt der Geschichte Wort und Recht — Dies Grab wird Volk in Trauer einen, Die Kraft des Volkes nur ist klein, Die Große schmiedet aus den Echten.

Fürwahr: Aus Kleinem heraus war der Große entstanden! Der armselige Sattler, seine aus Heidelberg, einer unter Hundertenden, hatte seine Lebenskraft in den Dienst der Arbeiterschaft und damit auch in den Dienst des Vaterlandes gestellt, und nachdem ein angestammter Monarch zusammengebrochen und über die holländische Grenze geflohen war, hat Friedrich Ebert, der „Parteisekretär der „Bonzo“, wie seine unfähigen, aber gemein und widerlich kämpfenden Gegner ihn nichtachtung aller wahrhaft nationalen Interessen hämisch schrieben, ein gewaltiges historisches Werk vollbracht: Er hat die deutsche Einheit und damit jede Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterbewegung erhalten.

Wir Sozialdemokraten, die wir heute mehr oder weniger alle in den Schutzengraben der Dreieckstühle sitzen, auf die Tag für Tag der Dumdumgeschosse des Hasses, die Giftes der Verleumdung niedergehen, sollen uns daran erinnern, was Friedrich Ebert durchlebte: Er, der zwei heißgeliebte Söhne des Vaterland geopfert hatte, wurde von der beträchtlichen Gegend eines gemeinen Verbrechens, des Landesverrates, beschuldigt. Er litt schwer unter so abscheulichem Vorwurf und höchstwahrscheinlich war sein allzeitiges Hinscheiden eine Folge der ungeheuerlichen Beleidigungen, mit denen man ihn heimsuchte. Den Makellosen kann kein Mha treffen und wer schmäht, schändet sich selbst. Das Volk hatte begriffen, was es an Friedrich Ebert verloren hatte. Sein Heimgang in der stillen Gruft auf dem Heidelberger Friedhof wurde ein Triumphzug des großen, viel gesterten Toten, und ein bürgerlicher Mann, Staatspräsident Dr. Heilpach, sagte im Grabe: „Dir ward die Gnade, das Volk zu erretten, das dich gebar, das Volk zu führen, dem du entstammtest, das Volk zu verkörpern, dem du gehörtest.“

Friedrich Ebert hat einen würdigen Nachfolger gefunden. Paul von Hindenburg, genannt unser Mann, nach Vernunft und Gesinnung, wandelt in Treue zu Vaterland, Verfassung Friedrich Ebert nach. Große muß vor Kleinem zurückstehen!

Das deutsche Volk hat in diesem März 1920 eine schwere Schuld abzutragen. 1848 war ein Versagen, 1920 war eine Verheißung, 1925 war ein Gelöbnis. 1932 muß eine Tat sein!

Soll der Adolf Hitler Nachfolger von Friedrich Ebert werden? Weil Hitler ein Schmach, weil Thälmann eine Komödie ist, wir aber weiterhin eine Zahlkandidatur Wahlwitz wäre, stimmen wir für Hindenburg. Wir kennen den Menschen, und wir haben erkannt, daß er ein würdiger Mann ist. Geben wir unsere Stimme einem würdigen Manne!

Es mahnen die Gräber der Toten von Rastadt und Mannheim, Wien und Berlin. 1848 und 1849. Es mahnen die Gräber von Meiderich und der 14 Arbeiter durch reaktionäre Straftaten hingestreckte wurden. 1920. Es mahnen das Grab von 1925: Friedrich Ebert.

Märzgedanken! Soll dieser März Erfüllung sein? Er sei es! Wir treten in den Kampf! Wir stoßen vor! Nieder der Faschismus! Freiligrath, der Sängler von 1848, sagte von den Toten der Berliner Barrikadenkämpfe: O seid gerüstet, seid bereit! O schaffet, die Erde die Erde. In der wir liegen strack und starr, ganz ohne die freie Welt. Daß fürder der Gedanke nicht uns stören soll im Schlafen, Sie waren frei, und wiederum und ewig freie sie Sklaven.